VERBOT DER KPD-ML ? Artikel Seite 6

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 14 22. November 1971 5. Jahrgang 50 Pfennig

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS UND SEINER KRIEGSMASCHINERIE ,DER BUNDESWEHR !

MOBILMACHUNG

Gerade war das Oberhaupt des westdeutschen Imperialismus, Willy Brandt, einen Tag Nobelpreisträger, schob er auch schon seine Friedensmaske beiseite. Im Bundestag waren sich SPD und CDU/CSU wieder einmal einig, mit vereinten Kräften die Herrschaft der westdeutschen Imperialisten aufrecht zu

Damit war bereits einen Tag nach der Verleihung des Friedensnobelpreises klargestellt, daß Brandt nicht einmal in Worten auf Frieden besteht.

Aber die Bekräftigung zum Terror gegen die Vorhut der Arbeiterklasse reichten nicht aus. Die SPD-Regierung mußte sofort dem Eindruck,

lich, daß SPD-Kriegsminister Helmut Schmidt am Ende der 'Friedenswoche' in Kiel die Katze aus dem Sack ließ:

MOBILMACHUNG 1972

1972 soll im ganzen Bundesgebiet eine Mobilmachungsübung stattfinden. Dabei sollen auch Kraft-

C 21246 E

ZUM NEUEN BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ

KEIN FRIEDE DEN AUSBEUTERN

1952 besangen die Unternehmer und ihre Stiefelknechte das Adenauer-BVG als das „fortschrittlichste Gesetz zur Regulierung der Beziehung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, in den Betrieben, in der ganzen Welt". Es kümmerte sie nicht, daß Hunderttausende gegen dieses BVG auf die Straße gingen. Sie peitschten es im Bundestag gnadenlos durch, nachdem sich Kapitalvertreter, Regierung und DGB-Führer hinter verschlossenen Türen geeinigt hatten.

Heute bereitet die SPD/FDP-Regierung ein neues Gesetz vor. In diesem Herbst soll die zweite Lesung stattfinden. Die Streiks 1969 und 1970 waren das Alarmzeichen für alle Feinde der Arbeiter. Also mußte ein neues BVG her, das diesen feinen Herren noch mehr Handhaben gibt, die Werktätigen zu knebeln. Damit aber keiner so schnell merkt, daß das neue BVG noch reaktionärer sein soll als das alte, wird der Regierungsentwurf als „äusserst fortschrittlich"gepriesen.

Worin aber besteht der so gepriesene ' Fortschritt'

Einer der reaktionären Paragraphen des alten BVG wird noch reaktionärer. Wurde der Betriebsrat bisher zur „vertrauensvollen" Zusammenarbeit mit den Kapitalisten verpflichtet, mußte er bisher jede „Gefährdung" des Arbeits- und Betriebs-„friedens" vermeiden — so soll jetzt alles verboten werden, was den Betriebs- und Arbeits-„frieden" auch nur „beeinträchtigen" könnte!

Fortsetzung Seite 2

Naziüberfall auf marxistisch-leninistische

erhalten und die Kräfte voll auf die Unterdrückung und Sicherung der Ausbeutung des westdeutschen Volkes zu konzentrieren. Denjenigen, die den Kampf um die Abschaffung von Unterdrückung und Ausbeutung des westdeutschen Volkes in erster Reihe führen, wurde der gnadenlose Kampf angesagt. Brandt, Barzel und Scheel, Strauß, Wehner und Genscher leisteten den Schwur, ihre Einheit in diesem Kampf durch gar nichts stören zu lassen.

sie sei für Frieden und Abrüstung, einen Riegel vorschieben. Mit dem Gerede von Frieden nur durch das Gleichgewicht der Kräfte in Europa, mußten sie beweisen, daß sie es mit der 'Verteidigung' ernst meinen. Die Volksmassen sollen an den Aufbau der Kriegsmaschinerie gegen westliche, östliche Nachbarländer und auch gegen das westdeutsche Volk gewöhnt werden.

So war es auch nicht verwunder-

fahrzeuge von Privatpersonen eingezogen werden. 'Wir wollen zeigen, daß wir die Verteidigung ernst meinen und nicht nur als Schau,' tönte er lauthals als Begründung für dieses Manöver, mitten hinein in die große 'Friedensoffensive' der SPD-Regierung. Aber das war kein peinliches Vorpreschen des SPD-Rechtsaußen im Kabinett. Die Mobilmachungsübung ist die Fortsetzung

Fortsetzung Seite 2

6. Parteitag der P.d.A.A.

Bericht Seite 3

GENOSSE **ENVER HOXHA** BERICHTET VOR DEM PRASIDIUM DES 6. PARTEITAGES DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS UND DEN DELEGIERTEN ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES ZENTRALKOMITEES DER PARTEI.



Buchhandlung

In der Nacht vom 5. zum 6. November überfiel eine Gruppe Nazis uniformiert und mit dem Emblem der Aktion Widerstand am Ärmel in Köln den Buchladen „Roter Stern". Diese Buchhandlung ist auf Flugblättern und in Betriebszeitungen in Köln als Kontaktadresse der KPD/ML angegeben.

Die Nazis drangen bewaffnet mit Schlagringen in den Vorraum ein, zerschlugen eine Scheibe und rissen ein Plakat herunter. Zufällig anwesende Genossen nahmen sofort die Verfolgung auf und stellten zwei der Faschisten, die sofort wimmerten und baten, keine Dresche zu bekommen. Gleichzeitig wurden unsere Genossen von anderen Faschisten, die im Hinterhalt gelauert hatten, überfallen. Zwei unserer Genossen wurden zusammengeschlagen.

Die Taktik der Faschisten bestand darin, eine Gruppe von ungefähr zehn Jugendlichen im Alter von 14 Jahren vorzuschicken, um unsere Genossen herauszulocken, um dann einen Überfall aus dem Hinterhalt durchzuführen. Dieser feige Akt ist typisch für dies faschistische Gesindel. Zu feige, um die Provokation selbst zu machen, schicken sie Kinder vor, um uns dann hinterrücks zu überfallen.

Die Polizei erschien nach 20 Minuten (obwohl der Weg zum Polizeipräsidium nur drei Minuten Fahrzeit beansprucht) und nahmen erst einmal drei Genossen fest. Den Einwand, daß nicht sie, sondern die Faschisten einen Überfall durchgeführt hätten, nahmen die Polizisten gar nicht erst zur Kenntnis. Die Faschisten setzten ihre Prügelei selbst in Anwesenheit der Polizei fort, ohne daß diese eingriff.

Erst auf Drängen der Festgenommenen sahen sich die Polizisten gezwungen, den Tatort zu besichtigen, wobei sie einen von den Faschisten verlorenen Schlagring fanden. Die Faschisten hatten sich inzwischen verdrückt, ohne von der Polizei festgenommen worden zu sein.

Die Polizei, die, wenn es gegen linke oder von ihnen für links gehaltene Gruppen geht, mit äußerster Brutalität vorgeht, die bundesweite Fahndungen wegen der Baader-Meinhoff-Gruppe veranstaltet und dabei mit der Maschinenpistole durch die Gegend knallt, die Morde gegen Linke begeht, wie den Mord an Petra Schelm, dieselbe Polizei geht bei offensichtlichen Terrorakten der Faschisten nicht gegen diese vor, sondern gegen die Überfallenen. In Nordrhein-Westfalen, dessen Ministerpräsident sich als Antifaschist aufspielt (SPD-Kühn) und dessen FDP-Innenminister Weyer sich als großer Beschützer der Demokratie aufspielt, in diesem Nordrhein-Westfalen können sich Faschisten offene Überfälle gegen Kommunisten erlauben und die Polizei schützt sie dabei noch. „SPD – Wegbereiter des Faschismus" schrieben wir im ROTEN MORGEN einmal. Hier haben wir es nochmals vorexerziert bekommen. ★

MOBILMACHUNG

Fortsetzung von Seite 1

der sozialdemokratischen Kriegspolitik von ihrer Zustimmung zur Einführung der Bundeswehr bis heute. Seit die SPD in Bonn an der Regierung ist, baut sie die Bundeswehr für die Zwecke der Imperialisten weiter aus.

Zu Beginn der Wiederbewaffnung hatte die westdeutsche Armee eine vorwiegend von den USA zur Verfügung gestellte Bewaffnung. Heute besitzen die westdeutschen Imperialisten in einigen wesentlichen Bereichen die modernsten Waffen: Der Panzer 'Leopard' gilt zur Zeit als bester Panzer der westlichen Welt. Ähnliches gilt für die Schützenpanzer 'Marder'. Das neue Kampfflugzeug MRCA 75 wird den USA-Maschinen vom Typ 'Phantom' weit überlegen sein und entwickelt — so brüstete sich der Messerschmidt-Konzern — 'sein optimales Einsatzprofil beim atomaren 'strike'* haben'. Weiterhin sind die westdeutschen Monopole in der Lage, innerhalb kürzester Frist kompakte Atomwaffen zu produzieren. Das notwendige Uran beziehen sie hauptsächlich aus Nigeria und Südafrika. Durch die Entwicklung hochenergetischer Laserstrahlen haben sie auch keine Probleme mehr mit den Zündern und die Dinger werden noch billig dazu.

VERGRÖSSERUNG DER KRIEGSARMEE

Um ihre Armee zu vergrößern, brauchen die westdeutschen Imperialisten mehr Soldaten. Dazu dient die Parole von der 'Wehrgerechtigkeit'. Durch eine kürzere und wirksamere Ausbildung sollen mehr



schenden Klasse besser und schneller ausbilden. Die zur Zeit verfügbaren Truppen von rund 200 000 Mann Bundesgrenzschutz, 500 000 Bundeswehrsoldaten und 2 000 000 Reservisten — nicht eingerechnet die paramilitärischen Verbände, wie Technisches Hilfswerk, Ziviler Bevölkerungsschutz usw. — lassen sich so innerhalb kurzer Zeit beträchtlich steigern.

Das scheint schlecht in die Politik der 'Versöhnung' und des 'Friedens' der SPD-Regierung zu passen. Auch darauf gibt Helmut Schmidt die richtige Antwort: 'Die Ausweitung unseres Verteidigungshaushaltes um 11% erfolgte bewußt, damit niemand den Eindruck gewinnen kann, die Bundesrepublik vernachlässige in der Phase der Verhandlungen mit dem Osten die eigene Sicherheit.' Und weiter: 'Außerdem versprechen wir uns davon eine außenpolitische Wirkung.' Wer nicht freiwillig die entspre-

ZUM NEUEN BVG

Fortsetzung von Seite 1

In Zukunft sollen alle Kündigungen unwirksam werden, bei denen der Betriebsrat nicht gehört wurde. Hört sich gut an. Aber welcher Betriebsrat wird in Krisenzeiten verhindern können, daß Massenentlassungen vorgenommen werden (so wie es jetzt bei Krupp und anderen Betrieben losgeht)? Versucht er's, ist er der erste der fliegt. Denn sofort kommt die betreffende BVG-Fußangel; Wenn „aufgrund einer Veränderung der Auftragslage oder der wirtschaftlichen Lage des Betriebes" Massenentlassungen „notwendig" sind, dann darf der Betriebsrat nach § 111/11 nur noch beim Aussuchen der zu entlassenen Kollegen helfen.

Der 'Fortschritt' des neuen BVG ist ein Fortschritt für die Kapitalisten

Die Eckpfeiler des gegenwärtigen Betriebsverfassungsgesetzes werden im neuen Regierungsentwurf beibehalten: Friedenspflicht und Schweigepflicht. Der Betriebsrat muß den Mund halten und darf die Belegschaft nicht über geplante Stillegungen, Entlassungen, Kurzarbeit usw. informieren (Schweigepflicht). Gegen die Angriffe der Kapitalisten darf er keine Kampfmaßnahmen organisieren (Friedenspflicht). Sonst wird er mit Gefängnis oder hohen Geldstrafen belangt.

Nicht nur der Entwurf der SPD-Regierung, auch der „Gegen"-Entwurf der DGB-Führung enthält die grundlegenden arbeiterfeindlichen Bestimmungen der Friedenspflicht. So heißt es in § 55 des DGB-Entwurfs: „Alle Mitglieder und Ersatzmitglieder des Betriebsrats sind verpflichtet, über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Betriebsrat bekannt geworden und vom Arbeitgeber ausdrücklich als geheimzuhalten bezeichnet worden sind, Stillschweigen auch nach dem Ausscheiden aus dem Betriebsrat zu wahren." Auch im DGB-Entwurf wird der Betriebsrat auf die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten verpflichtet. Dort heißt es ähnlich wie im derzeit geltenden Gesetz: „Arbeitgeber und Betriebsrat haben Maßnahmen des Arbeitskampfes gegeneinander zu unterlassen." (§ 49,2)

Rücken zu fallen. Wer erinnert sich nicht daran, wie oft gewisse Betriebsräte gejammert haben: Ja, Kollegen, ihr habt ja recht, wir müssen gegen die Unternehmer etwas unternehmen, aber der Betriebsrat kann doch nicht — das BVG . . .

Die DGB-Bonzen haben „erbitterten Widerstand" gegen den Regierungsentwurf angekündigt. Die DKP-Führer jubeln — Hurra, der DGB kämpft! Und dazu noch erbittert! Auf dem IGM-Gewerkschaftstag wurde eine Resolution gegen den BVG-Regierungsentwurf verabschiedet. Die DKP-Führer jubeln — Hurra, auf in den Kampf!

Als Hunderttausende 1952 gegen das Adenauer BVG unter Führung der KPD streikten und demonstrierten, schrien die SPD- und DGB-Bonzen auch: Kampf dem Adenauer-BVG! Im Bundestag stimmten die SPD-Abgeordneten sogar gegen das BVG, durch die CDU-Mehrheit war gesichert, daß es durchkam. Im Bundesrat gab es keine CDU-Mehrheit, und siehe da — die SPD stimmte dort dem Adenauer-BVG zu.

Heute besorgt die SPD selber die Regierungsgeschäfte für die Kapitalisten. Daß ihr BVG-Entwurf „fortschrittlich" ist, nimmt ihr kaum jemand ab. Um keinen

Jeder weiß, daß im Betrieb Politik gemacht wird. Wer hat noch nicht miterlebt, daß auf Belegschaftsversammlungen Wahlpropaganda u.a. für die SPD gemacht wird, sei es offen oder versteckt? In der „Metall", die in den Betrieben verteilt wird, steht in jeder Nummer mehr Werbung für die SPD-Regierung. Dort stehen z.B. Anträge zum Gewerkschaftstag der IGM, die ein Verbot der „Maoisten" und anderer Gruppen fordern. Das ist doch Politik! Doch gegen diese Politik haben die Kapitalisten und ihre SPD-Regierung nichts, diese Politik entspricht ihren Interessen, die kann sie stillschweigend dulden. Wogegen die Kapitalisten, ihre SPD-Regierung und alle Verräter etwas haben, das ist die Politik im Interesse der Arbeiter, eine Politik, die gegen jede Unterdrückung der Arbeiter und breiten Volksmassen kämpft. Und eine solche Politik stört natürlich den „Betriebsfrieden". Um diese Politik abwürgen zu können, dazu dient der VVG-Entwurf. Deshalb:

Kampf der Schweigepflicht und Kampf der Friedenspflicht !

Der Kampf gegen das arbeiterfeindliche BVG ist ein Kampf um bessere Bedingungen für den politischen und wirtschaftlichen Kampf. Dieser Kampf muß unter diesen Losungen geführt werden. Wir dürfen uns nicht — wie im Roten Morgen 2/71 stand — darauf beschränken, den Kollegen davon allgemeine politische Hintergründe zu erklären. Einige Kollegen werden resignierend sagen: Ein besseres BVG ist zwar wichtig, aber viel bringt das auch nicht. 1952 ist auch schon für demokratische Rechte im Betrieb gekämpft worden, aber daraus wird wohl nie was. Die Kollegen haben zum Teil Recht. „Demokratie im Betrieb" wird es nie geben, solange die Imperialisten und ihre Lakaien an der Macht sind. Von einer „demokratischen Erneuerung" schwätzen nur die modernen Revisionisten. Von demokratischer Erneuerung redet nicht nur die DKP, sondern auch die Führer der Grup-

HELMUT SCHMIDT
OBERBEFEHLSHABER
EINER IMPERIALISTISCHEN
KRIEGSMASCHINERIE

Soldaten produziert werden. Das neue Bildungskonzept von Schmidt, Hochschulen der Bundeswehr einzurichten, soll die erforderlichen Kader (Offiziere und Vernichtungsspezialisten) liefern, die dann die Wehrpflichtigen im Sinne der herrchenden Zugeständnisse machen will, dem wird gedroht, vornehm 'mit außenpolitischer Wirkung'. Direkt an die Adresse der DDR, sollte sie sich nicht schnell genug mit der Annektion West-Berlins durch die Bundesrepublik abfinden. Die westdeutschen Imperialisten sind also keineswegs 'vernünftig' geworden oder 'tragen den Realitäten Rechnung', wie es die DKP behauptet. In Wirklichkeit betreiben sie nur die alte imperialistische Doppeltaktik: Friedenspalme und Kanonendonner. Dabei bleibt es nicht bei Drohungen.

KRIEGSPOLITIK IN AFRIKA

Wer nicht parieren will, bekommt es bald zu spüren: Der afrikanische Staat Guinea bekam bis Anfang dieses Jahres 47 Millionen DM Militärhilfe von der Bundesrepublik (im Jahre 1964 bestritt die BRD dessen gesamten Militärhaushalt); als Guinea aber den westdeutschen und portugiesischen Imperialisten den Gehorsam verweigerte, versuchten die westdeutschen 'Militärexperten' zusammen mit den portugiesischen Söldnern, einen Putsch durchzuführen und die Regierung zu stürzen.

So wie dort soll es auch bald bei uns werden. Daher soll der 'Ernstfall' jetzt geprobt werden. Denn die westdeutschen Imperialisten wollen nicht unvorbereitet in den Krieg ziehen, dazu braucht man eine vorbereitete Armee. Dazu braucht man auch ein vorbereitetes Volk, das sich trotz zweier Weltkriege noch einmal mit dem Gedanken eines neuen Krieges wenn auch noch nicht befreunden, so doch vertraut machen soll. Das soll die angekündigte Mobilisierung bezwecken.

Am nächsten Tag nach Schmidts Erklärung gab das Bundesverteidigungsministerium bekannt, 'es sei alles gar nicht so schlimm, die Mobilisierung sei nur auf eine Brigade beschränkt, außerdem sollten nur 500 Fahrzeuge, zudem Lastwagen, eingezogen werden. Es sei nichts zu befürchten, und überhaupt, man solle nichts aufbauschen'. Die SPD-Regierung versuchte eilfertig den Verdacht der Kriegsvorbereitung zu beschwichtigen und herunterzuspielen. Dabei ist das neue Verteidigungsweißbuch, in dem die Vorstellungen von Schmidt festgelegt sind, bereits im Druck und daher vom Kabinett genehmigt. Nur kindliche Gemüter lassen sich durch die Pseudo-Dimentis des Verteidigungsministeriums einschläfern. Ob Teil- oder Ganzmobilmachung, ob Einzug von 500 oder 500000 Kraftfahrzeugen: Das ist Kriegsvorbereitung, das widerspricht zutiefst den Interessen des deutschen Volkes. Das deutsche Volk hat die bittere Erfahrung zweier Weltkriege mitgemacht.

Es wird unter der Führung der Arbeiterklasse und seiner Partei die westdeutschen Imperialisten stürzen und ihre Kriegsmaschinerie zerschlagen. ★

Das heißt: Die fortschrittlichen Betriebsräte, die wirklich auf der Seite der Arbeiterklasse stehen, sollen durch dieses Gesetz geknebelt werden. Wenn sie Kampfmaßnahmen gegen Angriffe der Kapitalisten befürworten, bekommen sie durch das BVG eine Schlinge um den Hals. Und die DGB-Spitze stimmt zu! Den verräterischen Betriebsräten bieten die Friedens- und Schweigepflicht-Bestimmungen billige Ausreden, um den Arbeitern in den Widerstand der Arbeiterklasse aufkommen zu lassen, inszenieren die DGB-Führer die Show mit dem „erbitterten Widerstand" und dem „Kampf gegen den Regierungsentwurf". Gegen wen sie wirklich kämpfen, haben sie in Rheinhausen gezeigt. Dort erklärte die DGB-Jugendgruppe öffentlich, daß der DGB-Entwurf ebenso wie der Regierungsentwurf arbeiterfeindlich ist. Prompt wurde die DGB-Jugendgruppe aufgelöst.

DKP AM ROCKZIPFEL DER SPD- UND DGB-BONZEN

Die Haltung dieses DKP—Häuptlings ist typisch. Sich protzig als konsequente Opposition aufspielend, versucht die DKP diejenigen Kollegen aufzufangen und abzufangen, die den Betrug von SPD-Regierung und DGB-Spitze durchschaut haben. Ihnen erklärt sie, wir sind zwar auch gegen den DGB-Entwurf, das dürfen wir aber nicht laut sagen, sonst sind die Gewerkschaften böse auf uns. Deshalb wird in den Flugblättern und Betriebszeitungen der DKP der DGB-Entwurf entweder verschwiegen oder als „kleineres Übel" unterstützt. Damit fallen die DKP-Führer der ganzen Arbeiterklasse, auch vielen DKP-Kollegen, die ehrlich gegen Friedens- und Schweigepflicht kämpfen wollen, in den Rücken.

POLITISCHE KNEBELUNG IM BETRIEB

Friedens- und Schweigepflicht sind nicht die einzigen arbeiterfeindlichen Knebelungen, die im Regierungsentwurf enthalten sind. Ein entscheidender Eckpfeiler der Unterdrückung kommt hinzu: Das Verbot der freien politischen Betätigung im Betrieb.
Anfangs verkündete die SPD-Regierung ganz groß: „Das strikte Verbot politischer Betätigung wird aufgehoben!" So erläuterte es SPD-Ausbeutungs-Minister Walter Arendt am 11.2. im Bundestag, und verriet gleichzeitig, was die SPD-Regierung damit bezweckte: „Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, die Betriebe zu parteipolitischen Tummelplätzen zu machen. Sie will aber auch nicht, daß die Betriebe weiße Flecken auf der Landkarte der Demokratie bleiben. Die Rechtsprechung hat das Verbot der parteipolitischen Betätigung bis zum Verbot jeglicher politischer Stellungnahme im Betrieb ausgelegt. Es ist aber falsch, aus Furcht vor radikalen Elementen, die ein Verbot ohnehin nicht schreckt, allen Arbeitnehmern einen Maulkorb umzuhängen. Künftig soll politisches Engagement im Betrieb dort seine Grenze finden, wo Arbeitsablauf oder Betriebsfrieden beeinträchtigt werden."
Politische Betätigung die den Ausbeutungsfrieden beeinträchtigt, sollte also weiter verboten bleiben. Den Handlangern der Kapitalisten, die selbstverständlich den Ausbeutungsfrieden nicht beeinträchtigen, sollte erlaubt werden, offen und legal Politik im Betrieb zu machen (was sie ohnehin schon immer taten).
Diese „Verbesserung" des BVG, die den Arbeitern nichts nützt, sollte anfangs dazu dienen, die verlogene Lobpreisung des BVG als „fortschrittlich" zu erleichtern.
Als dies teilweise gelungen war, beschloß die SPD-Fraktion im Bundestag auf Wunsch der Kapitalisten, selbst diese scheinbare „Verbesserung" zu streichen und das völlige Verbot politischer Betätigung aufrechtzuerhalten. In der Tag, der „Friedens"-Willy hat den Nobelpreis der Imperialisten verdient. Er und seine SPD-Regierungsmannschaft tun alles, daß die Arbeiter und anderen Werktätigen mit den Ausbeutern und Unterdrückern Frieden halten.
Wer hat denn nämlich Angst vor der freien politischen Betätigung im Betrieb? Etwa die Arbeiter, die Gewerkschaftsmitglieder? Gewiß nicht. Gehen die Notstandsgesetze, das BVG, die Aufrüstung, die verschärften faschistischen Maßnahmen der Polizei usw. die Arbeiter etwa nichts an? Glauben die hohen Herren, die Arbeiter seien zu dumm, etwas von Politik zu verstehen?

pe Rote Fahne -Tübingen (KAB/ML), die daraus ihre „politische" (= trade-unionistische) Hauptparole ableitet: „Kampf für ein fortschrittliches BVG!" Als ob das im Kapitalismus möglich wäre!

Die KPD/ML setzt sich natürlich für günstige Kampfbedingungen für dei Tageskämpfe ein, vor allem aber sagt sie (und das unterscheidet sie von allen Verrätern und Opportunisten):

WEG MIT DEN ILLUSIONEN ÜBER DIE „ALLSEITIGE DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT"! KAMPF FÜR DEN REVOLUTIONÄREN STURZ DES IMPERIALISTISCHEN AUSBEUTUNGS- UND UNTERDRÜCKUNGSSYSTEMS! KAMPF FÜR DIE WIRKLICHE DEMOKRATIE DER ARBEITER UND ALLER WERKTÄTIGEN, FÜR DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS, FÜR DEN SOZIALISMUS!

Die konsequente revolutionäre Politik, die die Klasseninteressen der Arbeiter vertritt, muß rein in die Betriebe! Unterstützt die Betriebsparteizellen und Roten Betriebsgruppen der KPD/ML! ★

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der
KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust; Verlag: Roter Morgen GmbH, Westberlin; Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg; Redaktion: 2 Hamburg 71, Postfach 464; Vertrieb: D. Schneider, 2 Hamburg 19, Postfach 7654; Postscheckkonto: D. Schneider, Hamburg 336444; Erscheinungsweise: vierzehntägig; Einzelpreis: 50 Pfennig; Abonnement: Inland 11,- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto, Ausland 11,- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Postscheckkonto zu bezahlen.

6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens



GENOSSE ERNST AUST BEGRÜSST IN EINER MIT STARKEM BEIFALL AUFGENOMMENEN REDE IM NAMEN DER **KPD/ML** UND IHRES ZENTRALKOMITEES DEN 6. PARTEITAG DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS.

Der 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens ist beendet. Er ist ein weiterer bedeutender Schritt des albanischen Volkes und seiner Partei auf dem Weg zum Sozialismus. Er begann am 1. November 1971 mit dem 7stündigen Rechenschaftsbericht durch den Genossen Enver Hoxha, in dem dieser neben einer Einschätzung und Analyse der internationalen Lage, der Entwicklung des Marxismus-Leninismus und seiner revolutionären Parteien, auf die Entwicklung und Perspektive Albaniens und der PdAA einging. (Der ROTE MORGEN wird diese auch für uns

teien lernen.

Diese Partei hat niemals die Farbe gewechselt und sie wird es auch in Zukunft nicht tun. Dies drückte Genosse Mehmet Shehu aus, als er im Schlußteil seines Berichtes sagte:

„Indem unser Volk und unsere Partei die unvergänglichen Ideen des Marxismus-Leninismus unter den konkreten Bedingungen unseres Landes und die Lehren des Genossen Enver Hoxha getreu in die Tat umsetzen, werden sie, wie immer, ihre nationalen und internationalen Aufgaben ehrenvoll er-

könnten, sei es auch unter den schwierigsten Bedingungen, dauernd zu erhöhen.

Die Einkreisung erschreckt uns nicht, sondern erhärtet uns und macht uns kämpferischer. Die großen Aufgaben des Fünfjahrplans drücken uns nicht zu Boden, sondern begeistern uns und machen uns noch fähiger für die Arbeit und für den Kampf. Die Schmeicheleien der Bourgeoisie des Westens können uns nicht irreführen, sondern erhöhen unsere Wachsamkeit. Die 'Versöhnungsaufrufe', welche die modernen Revisionisten, Breshnew und seine Lakaien an

albanische Volk garantiert diese mit seinem Leben und seinem Blute gegen jeden Feind und unter welchen Verhältnissen auch immer.

Das sozialistische Albanien, mit der Partei und Genossen Enver Hoxha an der Spitze, schreitet dauernd vorwärts auf dem Weg zum Sozialismus und Kommunismus. Es wird vor dem Imperialismus und Revisionismus, der Reaktion und dem Chauvinismus der Großmächte nie auf die Knie fallen und sich beugen; es gibt keine Macht auf der Welt, welche das sozialistische Albanien zwingen kann,

eines Tages die Aggressoren, sei es im Namen der NATO oder im Namen des Warschauer Vertrages, angreifen, dann werden wir, wie es einem sozialistischen Land geziemt, an der Mündung des Gewehres das Banner des Volkskampfes aufpflanzen, um den Feind zu vernichten und die Freiheit zu schützen.

Wir haben niemals viele Fahnen zugleich in der Hand gehalten und werden es niemals tun, sondern nur eine Fahne, die Fahne des Marxismus-Leninismus, des Antiimperialismus und des Antirevisionismus. Wir werden niemals mit den Wölfen heu-

bedeutungsvolle Rede in Auszügen veröffentlichen.)

Genosse Mehmet Shehu zeigte in seinem 'Bericht über die Direktiven des 6. Parteitages der PdAA zum 5. Fünfjahrplan (1971–1975) der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Volksrepublik Albanien' die stürmische Entwicklung des Landes zum Sozialismus.

In zahlreichen Diskussionsbeiträgen ergänzten die Delegierten diese beiden grundlegenden Referate. Die bolschewistische Einheit und Geschlossenheit der Partei fand ihren Ausdruck, als in einer geheim durchgeführten Wahl die vorgeschlagenen Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees einstimmig bestätigt wurden.

Wer an diesem Parteitag teilnahm – wie die Delegation der KPD/ML, die, wie die 27 anderen Delegationen marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen, die auf Einladung des Zentralkomitees der PdAA gefolgt waren – erhielt einen unvergeßlichen Eindruck von der Stärke und Verbundenheit des albanischen Volkes mit seiner Partei der Arbeit, ihrem Zentralkomitee mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze. Da saß ein Politbüro, von dem jeder einzelne Genosse mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus gekämpft hatte; eine Partei, die im härtesten illegalen Kampf geboren wurde, deren Führung von Anfang an einen konsequenten Kampf gegen jede Abweichung von der korrekten Linie des Marxismus-Leninismus geführt hatte. Von solch einer Partei, ihrer Geschichte und Entwicklung können und müssen alle jungen marxistisch-leninistischen Par-

führen.

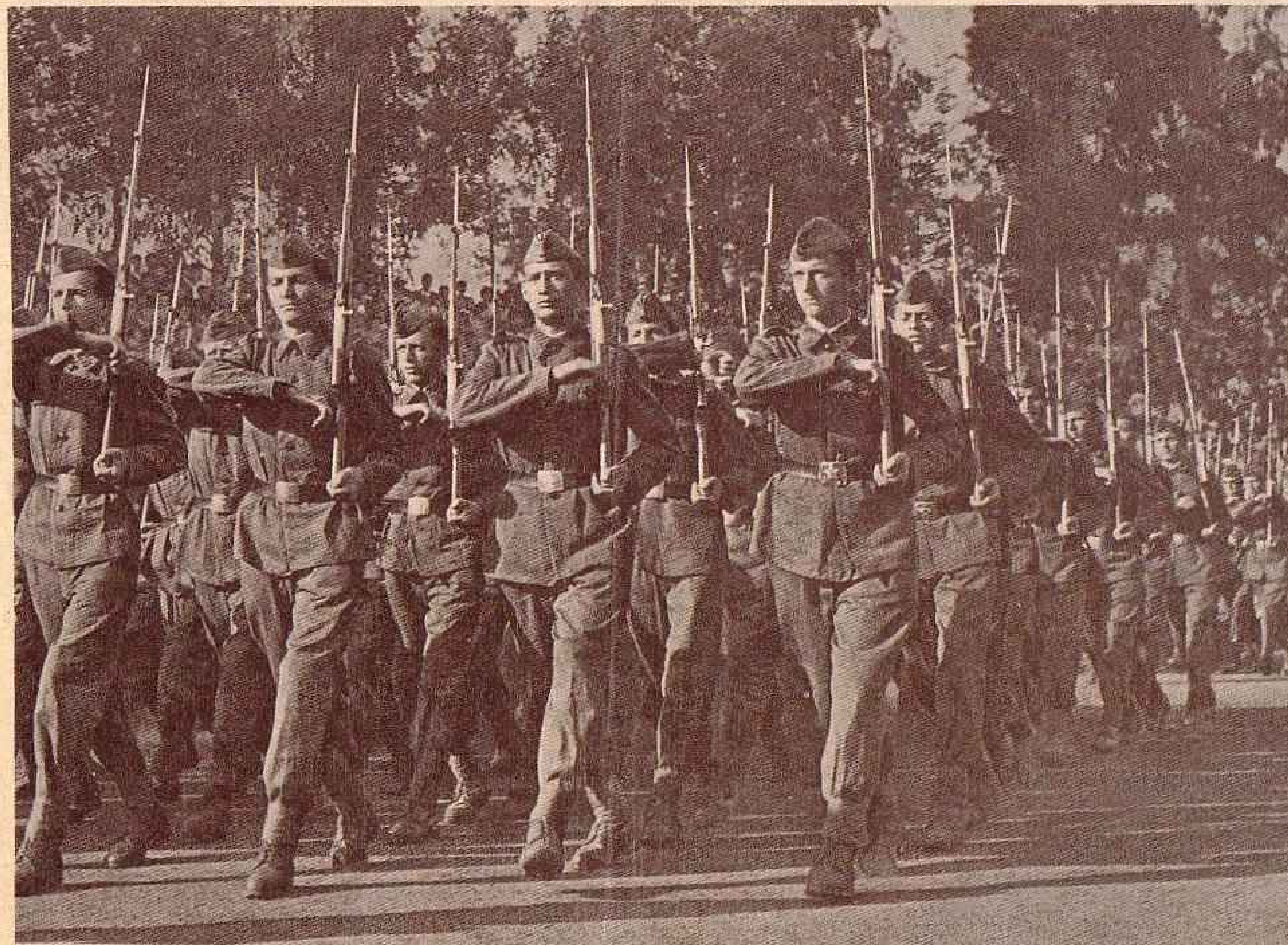
Wir sind uns darüber im klaren, daß die politische Lage auf dem Balkan, in Europa und in der Welt mit Gefahren geschwängert ist. Aber das findet uns nicht unvorbereitet, denn es war uns immer klar, daß diese Zeiten uns gebieten, neben der Hacke und dem Buche auch das Gewehr in der Hand festhalten und die Wachsamkeit und die Schlagkraft zum Schutze unseres sozialistischen Vaterlandes gegen jede Gefahr, die uns von den äußeren Feinden drohen

uns richten, scheinen uns wie die Aufrufe des Wolfes an das Reh, um ihm weiszumachen, der Wolf wünscht nur sein Bestes. Sie empören uns, steigern unseren revolutionären Haß gegen sie und erhöhen noch mehr unsere militärische Bereitschaft.

Die revisionistische und imperialistische 'begrenzte Souveränität' steht nicht und wird niemals im Wörterbuch des sozialistischen Albaniens stehen, unsere Souveränität war, ist und wird immer eine vollständige und unverletzliche sein und das

sich zu unterwerfen und auf den Weg von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu verzichten, es wird seine richtige marxistisch-leninistische Linie in jeder Situation und ohne Rücksicht auf Opfer, schützen.

Wir wissen, was Krieg ist; deshalb wollen wir den Frieden, natürlich nicht irgend einen Frieden, sondern den gerechten und wirklichen Frieden. Wir verkaufen niemals die Freiheit und den Sozialismus dem Frieden zuliebe. Und wenn uns



DAS ALBANISCHE VOLK IST BEREIT, SEINE FREIHEIT UND UNABHÄNGIGKEIT JEDERZEIT ZU VERTEIDIGEN.

len und wir stützen unsre Politik auf keine Achse. Wir haben große Erfahrungen gewonnen, um das Gute von dem Bösen zu unterscheiden, um die Demarkationslinie zwischen dem Volk und der Reaktion, der Revolution und der Konterrevolution, zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus, dem Marxismus-Leninismus und dem modernen Revisionismus, klar zu sehen.

Wir werden auf unserem richtigen Wege weiterschreiten. Keine Macht in der Welt vermag uns von diesem Weg abzulenken. Unsere Überzeugung und unser Siegeswille, die Entschlossenheit, wenn nötig auch mit der Waffe in der Hand für unsere große Sache, den Sozialismus und den Kommunismus bis zum Schluß zu kämpfen, die unbegrenzte Treue zum Marxismus-Leninismus und die stahlharte Einheit der Volks- und Parteireihen, der eiserne Wille und die strenge Arbeitsdisziplin, der heiße Wunsch zu lernen, die revolutionäre Ehrlichkeit und die Unerschrockenheit vor Schwierigkeiten und Gefahren – das sind wichtige Eigenschaften, mit denen die Partei und Genosse Enver Hoxha die Kommunisten, die Arbeiterklasse, die werktätige Bauernschaft, die Volksintelligenz, unsere Jugend und das gesamte Volk erzogen und geknetet haben.

Laßt uns, vereint wie ein Körper mit der Partei und dem ZK mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze, mit allen Kräften und Energien an die Arbeit gehen, um die historischen Beschlüsse des 6. Parteitages in die Tat umzusetzen!"

EIN HAUSHALT DER 'KONSOLIDIERUNG'

Die Bundesregierung hat den Haushaltsplan für das Jahr 1972 vorgelegt. Schiller nennt ihn einen 'Haushalt der Konsolidierung', der 'den Stabilitätserfordernissen entsprechend' und überdies 'solide finanziert' sein soll. Alles ist natürlich in bester Ordnung und mit diesem Haushalt sollen 'Voraussetzungen für einige wichtige Reformvorhaben' geschaffen worden sein. Hier tönt es 'Umweltschutzprogramm', 'Einführung der Krankenversicherung für Landwirte', 'Verkehrsreform' usw. usf. ...

Schon Ende Juli kündigte Schiller den Haushalt so an: „Steuern sind kein Selbstzweck. Dem Bürger muß vielmehr mit Leidenschaft klar gemacht werden, daß es vernünftig (?) ist, Steuern zu zahlen und daß seine Steuermittel dazu benutzt werden, ihm (?) ganz bestimmte Leistungen zur Verfügung (?) zu stellen. Der Bürger wird aber wenig Verständnis aufbringen, wenn der Staat nicht klar und deutlich (?) sagt, daß er die Mittel für diese und jene Zwecke verwenden wird." (Süddeutsche Zeitung) Mit diesem Gerede versucht Schiller zu umgehen, daß der Staatshaushalt „nichts anderes ist als ein Klassenbudget, ein Budget für die Bourgeoisie" (Marx). Prüfen wir das nach.

Der Staatshaushalt hat sich von 98,45 Mrd. auf 106,57 Mrd. DM erhöht. Woher kommt jedoch das Geld dafür ? Schiller plaudert dazu aus: „Dem Bürger muß mit Leidenschaft klar gemacht werden, daß es vernünftig ist, Steuern zu zahlen." Was er damit meint, heißt mit anderen Worten: Der Staat ist unproduktiv. Er ist ein Schmarotzer am Leib des Volkes. Was er verbraucht und in Anspruch nimmt, kann bloß aus der Arbeit der werktätigen Massen stammen, der Arbeiter, Angestellten und Bauern, die den gesamten gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten. Deshalb ist es auch leicht verständlich, warum Schiller die bürgerlichen Presseorgane ermahnt, mit 'Leidenschaft' dem Bürger klarzumachen, daß es 'vernünftig' (?) sei, Steuern zu zahlen.

Denn der Arbeiter erhält im Kapitalismus als Lohn nur einen Betrag, der notwendig ist zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft. Er muß seine Arbeitskraft verkaufen, um zu leben und findet nur so lange Arbeit, als seine Arbeit dazu beiträgt, das Kapital zu vermehren. Die Arbeiterklasse erhält also gerade soviel, daß sie leben kann, den Rest der geschaffenen Werte eignet sich die Kapitalistenklasse an. Dabei bleibt es jedoch nicht. Mit Hilfe des Staatshaushaltes wird ein Teil des Einkommens der Bevölkerung, in erster Linie der werktätigen Klassen, neu verteilt im Interesse der Ausbeuterklassen. So verwandelt sich der Einkommensteil der Arbeiter und Bauern, der in Gestalt von Steuern in den Staatshaushalt fließt, zusätzliches Einkommen der Kapitalistenklasse, d.h. in gesellschaftlichen Wert in der Verfügung der Kapitalistenklasse.

„Aber Halt !" rufen uns die Kapitalisten zu, „wir zahlen auch Steuern an den Staat !" Wie aber war die bisherige Entwicklung der Steuern, halten wir ihnen entgegen. Sind nicht die Lohnsteuer und Umsatzsteuer, die von den werktätigen Volksmassen getragen werden, nicht diejenigen Steuern, die beständig anwachsen, während die Kapitalistensteuern ständig sinken ? Zeigt diese Entwicklung nicht, daß die wachsenden Staatsausgaben auf das Volk abgewälzt werden, während bei den Monopolen immer weniger kassiert wird ? Und überhaupt, woher leiten sich denn die Einkommensteuer und Körperschaftssteuer (Körperschaftssteuer ist die Steuer auf die Gewinne der Aktiengesellschaft), die die Kapitalisten zahlen, her ? Sind Einkommen der Kapitalisten und ihr Gewinn denn etwas anderes als Ergebnis der Arbeit der Arbeiter, Angestellten und Bauern, die durch die Monopole ausgebeutet wurden ? Und die Gewerbesteuer, Vermögenssteuer und die weiteren Steuern, die die Kapitalisten zahlen, wälzen sie diese etwa nicht dadurch auf das werktätige Volk ab, indem sie sie auf die Preise der Waren schlagen ?

Der Haushalt kapitalistischer Staaten kann deshalb bloß finanziert werden entweder durch Ausbeutung während der Produktion (durch Lohnsteuer oder auch durch Erhöhung von Kapitalistensteuern, die nach sich ziehen, daß etwa die Kapitalisten die Maschinen schneller schalten) oder durch Ausbeutung beim Konsum, die durch die Mehrwertsteuer und die Verbrauchs-

tertechnik (EDV) arbeiten, die die Prüfer sowieso nicht verstehen; und wenn sie sie verstehen, sind sie nicht mehr lange Prüfer, sondern wechseln in die Industrie über, wo ihnen als 'staatlich geprüfte' Bilanzschieber eine große Karriere winkt.

Das sprunghafte Anwachsen der Lohnsteuer wird auch weiterhin so anhalten, wie es das Schaubild veranschaulicht. Es wird weiter so bleiben, daß eine 10%ige Lohnerhöhung eine Erhöhung der Lohnsteuer von 30% bewirkt. Sie wird von 1970 mit 35 Mrd. in diesem Jahr auf über 42 Mrd. wachsen. Aber die neue Richtung, durch Erhöhung der indirekten Steuern die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verschärfen und ihr Lebensnivezu zu senken, wird immer deutlicher (bei der 'Steuerreform' wird zum Teil schon von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11% auf 16% gesprochen, was sich aber bis jetzt noch nicht offiziell durchgesetzt hat; in den Kabinettbeschlüssen zur 'Steuerreform' war bisher nur von 11% auf 12% die Rede). Damit wird sich auch die Kauffähigkeit der Massen verschlechtern und kann bloß eine Verschärfung der Krise des Kapitalismus nach sich ziehen, daß die zuviel produzierten Waren schlechter abgesetzt werden können.

Und vor unseren Augen verschärft sich auch tatsächlich die Krise des Kapitalismus. Und wie richtungsweisend erscheinen uns jetzt die Worte des IFO-Institutes, das der Bourgeoisie den Weg durch sie wies: „Je mehr die Lohnsteuer zur dominierenden Steuer wird, desto weniger kann sich der Staat eine größere Arbeitslosigkeit leisten". Die Krise bedeutet eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit und wir sehen jetzt die Absicht des Staates, durch Veränderung des Verhältnisses zwischen direkten und indirekten Steuern in der Krise die Einnahme zu sichern.

Um den Monopolen in der Krise hohe Profite zu sichern, vergibt der Staat Subventionen. Die Subventionen im Jahre 1970 betrugen rund 9 Mrd. DM. Aber mit dem weiteren Verlauf der Krise werden sie weiter wachsen. Deshalb ist der Haushalt mit der 'Konjunkturausgleichsrücklage' von 2,5 Mrd. den 'Stabilitätserfordernissen' der Profite der Monopole entsprechend. Allein die Ruhrkohle AG soll in nächster Zeit mit

von 37 auf 43 Mio. Denn der westdeutsche Imperialismus muß sich auch nach innen auf seine Eroberungspolitik absichern. Die Krise des Imperialismus wird nämlich eine Stärkung der revolutionären Kräfte zum endgültigen Sturz des Imperialismus bewirken. Und davor muß sich natürlich die Bourgeoisie absichern und allseitig die Waffen dagegen, gegen das Volk schmieden. Schiller sagt also nicht 'klar und deutlich', wie er es anfangs versprochen hatte, für welche Zwecke die Steuergelder gebraucht werden. Er versucht die Volksmassen zu betrügen und täuscht wie ein Falschspieler die berühmten 'Reformvorhaben' vor. Doch durch diesen Trick kann er das Volk nicht mehr an der Nase herumführen. Die Arbeiter in der Chemieindustrie z.B. haben erfahren, welche 'Leistungen' ihnen zur 'Verfügung gestellt' wurden, als die Polizei gekaufte Streikbrecher in die Betriebe schleuste, um die Konkurrenz unter den Arbeitern zu verschärfen und um letztlich ihre Streikfront zu brechen. Die Ausgaben für die Rüstung und die Polizei (wenn man die versteckten Ausgaben hinzurechnet) machen rund ein Drittel des gesamten Haushaltes aus und stiegen um etwa 11%. Man kann sich deshalb leicht ausrechnen, was bei einem 8%igen Ansteigen des Gesamthaushaltes für 'die großen Reformen' übriggeblieben ist und worin diese 'großen Reformen' überhaupt bestehen. Es ist zweifellos die 'große Wiederherstellung' des aggressiven Imperialismus, mit seiner Aggressivität nach innen und nach außen, was Schiller so unglücklich zu tarnen versucht.

Aber kann dies anders sein ? Nein. Denn was ist der Staat ? Steht er über den Klassen und ist er klassenneutral ? Nein. Der Staat ist ein Organ der Klassenherrschaft. In jeder Gesellschaft, in der die Ausbeutung einer Klasse durch eine andere besteht, ist für die ausbeutende Minderheit der Staat als Werkzeug zur Niederhaltung der ausgebeuteten Mehrheit notwendig. Der Staat, von dem Schiller redet, ist das Werkzeug der westdeutschen Monopolbourgeoisie zur Einmischung in die Wirtschaft, um sich Maximalprofite zu sichern und um die Allgewalt des Finanzkapital zu erhalten. Er ist ihr Werkzeug zur Unterdrückung des deutschen Volkes einerseits und zur



Mehrwertsteuer und die Verbrauchssteuern (Biersteuer, Tabaksteuer, Mineralölsteuer usw.) bewerkstelligt wird.

Ein erhöhter Staatshaushalt von 98,45 Mrd. auf 106,57 Mrd. kann deswegen nur durch erhöhte Ausbeutung oder Senkung des Lebensniveaus der Massen 'solide gefestigt' werden. Die Mineralölsteuer wird um 4 Pfennig pro _iter, die Branntweinsteuer um 25% und die Tabaksteuer um 15% erhöht. Dabei bleibt es jedoch nicht allein. Die Erhöhung dieser drei Steuern ist nur Vorläufer einer längerfristig geplanten 'Steuerreform', die darauf abzielt, die Hauptmasse der Steuern von den direkten Steuern auf die indirekten Steuern zu verlagern. Heute ist das Verhältnis noch so: 55% direkte Steuern und 44% indirekte Steuern. Die 'Steuerreform' soll dieses Verhältnis umkehren. Denn die indirekten Steuern entfallen auf die Gegenstände des Massenbedarfs. Sie zeichnen sich durch größte Ungerechtigkeit aus. Sie lasten mit ihrer ganzen Schwere auf den Armen. Je ärmer der Mensch, einen umso größeren Teil seines Einkommens gibt er dem Staat in Gestalt der indirekten Steuern ab. Die wenig besitzende und besitzlose Masse macht neun Zehntel der gesamten Bevölkerung aus, sie verbraucht neun Zehntel der gesamten Konsumgüter und zahlt neun Zehntel der Gesamtsumme der indirekten Steuern. Direkte Steuern sind Steuern, die auf einzelne Personen veranlagt werden, und bei denen jeder schwarz auf weiß sehen kann, wieviel er an Steuern bezahlt, was bei den indirekten Steuern nicht der Fall ist, weil diese in den Warenpreisen stecken. Auch wenn bei den direkten Steuern jeder weiß, wieviel er bezahlt, so sind sie nicht minder ungerecht als die indirekten Steuern. Denn die Werktätigen müssen bei ihnen die Karten offen auf den Tisch legen. Ihr Einkommen ist der Lohn, und die Lohnsteuer wird sofort auf dem Lohnstreifen abgerechnet. Das zu versteuernde Einkommen der Kapitalisten wird jedoch aus der Buchhaltung ermittelt. Und hier wenden sie alle möglichen Tricks an, machen sie die größten Schiebungen in den Bilanzen, damit die Gewinne möglichst gering aussehen. Selbst bei Steuerprüfungen wäre es nicht mehr möglich, bei den großen Betrieben und Konzernen diese Schiebungen aufzudecken, da sie mit Compu- rund 1 Mrd. subventioniert werden.

Wenn nun in der Krise im Inland immer weniger Waren abgesetzt werden können, dann hilft den Monopolen nur eines: die Ausfuhr. Aber der Weltmarkt ist gesättigt. Die westdeutschen Imperialisten sind nicht die einzigen ihrer Sorte, die immer mehr in die Klemme geraten. Um aber aus der Klemme zu kommen, um ihre Profite zu sichern, hilft für sie nur eines: der Kampf um Einflußgebiete und Absatzmärkte mit konkurrierenden imperialistischen Staaten, die unweigerlich die Gefahr imperialistischer Kriege und Weltkriege mit sich bringt.

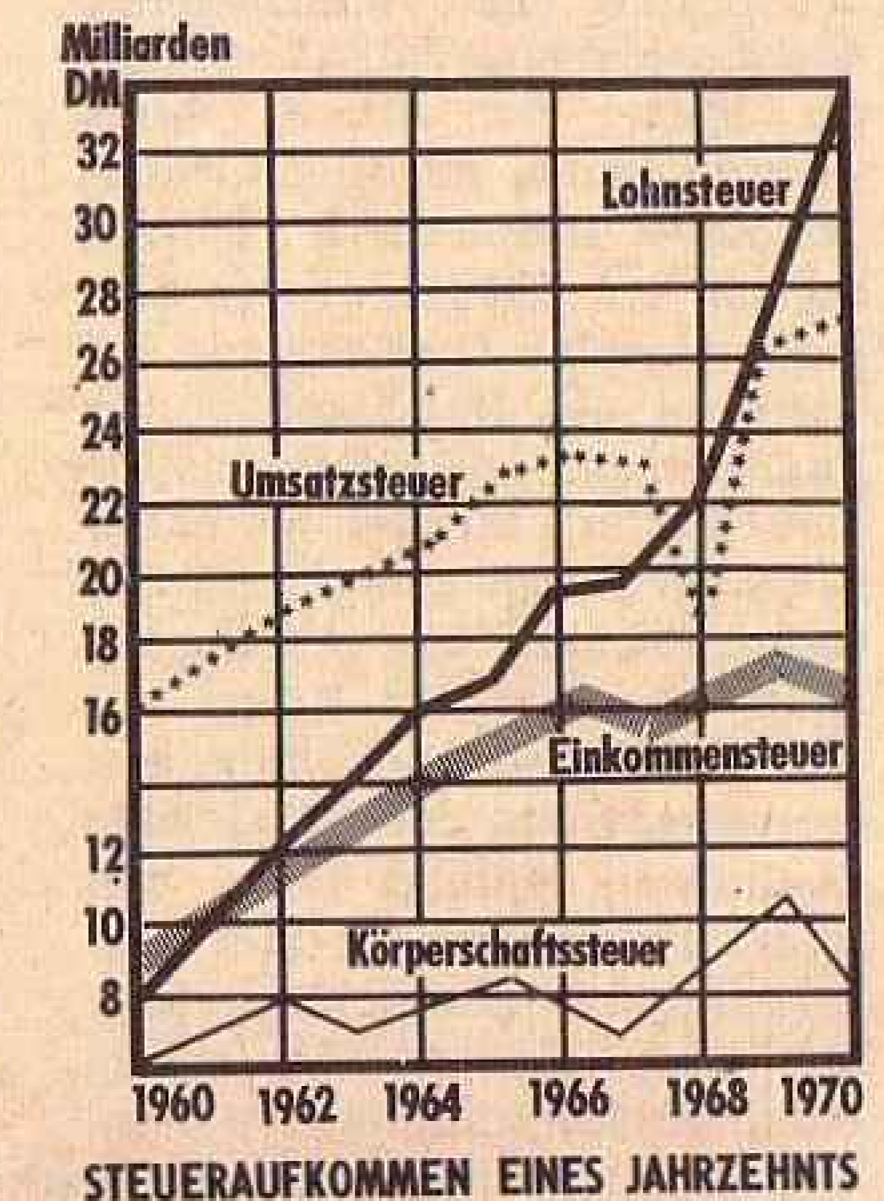
Machen wir uns deshalb weiter 'klar und deutlich', für welche Zwecke der Staat 'diese und jene Mittel verwenden wird'. „Helmut Schmidt ist aus der Schlacht um den Haushalt 1972 als der große Sieger hervorgegangen. Sein Etat steigt um 11% von 21,4 Mrd. auf 24,8 Mrd." (rechnet man noch die versteckten Ausgaben für die Rüstung hinzu, dann kommt man auf über 30 Mrd), so triumphiert das Handelsblatt (Kapitalistenzeitung). Und es hat allen Grund dazu. Denn ihr Triumph gilt dem sprunghaften Anwachsen der Ausgaben für die Bundeswehr, was beweist, daß der deutsche Imperialismus, der nach dem 2. Weltkrieg zerschmettert am Boden lag, in Westdeutschland wieder auferstanden ist und seinen aggressiven Charakter nicht verloren hat, sondern immer aggressiver wird. Und im Interesse des Imperialismus schreibt auch diese Zeitung. Und in seinem Interesse erstarkt der Militarismus in Westdeutschland immer mehr. Dieser Militarismus ist eine Lebensnotwendigkeit für den Imperialismus als aggressive Kriegsmacht zur Eroberung von neuen Märkten, zur Neuaufteilung der Welt und als Waffe in den Händen der herrschenden Klasse zur Niederhaltung aller gegen Unterdrückung und Ausbeutung gerichteten Bestrebungen. Beweisen nicht die Anstiftung des Überfalls auf Guinea, die Unterstützung der portugiesischen Kolonialisten, beweisen nicht die Notstandsgesetze, daß der westdeutsche Imperialismus nicht davor zurückschreckt, die Bundeswehr voll einzusetzen ? Mit der Erhöhung der Ausgaben für die Rüstung erhöhen sich gleichzeitig die Ausgaben für die Kriminalpolizei von 52,2 Mio. auf 74 Mio. und für den Verfassungsschutz

Durchsetzung ihrer imperialistischen Ziele in der Außenpolitik andererseits. Zur Wahrnehmung dieser Interessen bedient er sich eines weitverzweigten Apparates, der aus der Bundeswehr, Polizei, dem Bundesgrenzschutz und der Organe der bürgerlichen Klassenjustiz besteht.

Jawohl, Herr Schiller, der Haushalt ist ein 'Haushalt der Konsolidierung' (Konsolidierung heißt Festigung, Sicherung, Zusammenschluß) nach allen Seiten. Er ist ein Haushalt der Festigung des Militarismus, der Festigung der Waffen des Imperialismus, der Sicherung der Profite der Monopole in der Krise, d.h. ein Haushalt des Zusammenschlusses der reaktionären Kräfte gegen das Volk.

Aber all diese Maßnahmen, die für die Erhaltung des Kapitalismus notwendig sind, ziehen unwillkürlich eine Verschärfung der Krise des Kapitalismus nach sich. Dieser Haushaltsplan ist somit Ausdruck der Verschärfung der Krise des Kapitalismus, die unvermeidlich den weiteren Zusammenschluß der revolutionären Kräfte zum endgültigen Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie vorantreiben wird. Er ist ein 'Haushalt der Konsolidierung' der Risse in den Grundfesten des Imperialismus, die zur Revolution drängen.





STEUERAUFKOMMEN EINES JAHRZEHNTS

WAS SOLL AUS WEST-BERLIN WERDEN ?

„Der Abschluß des Berlin-Rahmenabkommens ist ein Sieg der Friedens- und Entspannungspolitik" — so lesen wir's in „Prawda", „Neuem Deutschland", „Wahrheit" und im Pressedienst der Bundesregierung. Wie man sieht, sind Imperialisten und Revisionisten sich in der Lobeshymne auf das Berlin-Abkommen also einig. Als Kommunisten fragen wir: Was für Interessen stecken hinter dieser Einigkeit, was heißt das Berlin-Abkommen für die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten?

Die Revisionisten von SED/SEW/DKP tun so, als hätte sich die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus verringert, seit in Bonn eine SPD/FDP-Regierung sitzt. Sie brüsten sich damit, Westberlin nach und nach den BRD-Imperialisten entrissen zu haben. Aber wie sieht die Sache wirklich aus?

Nach 1945 wurde Westberlin planmäßig zur Frontstadt ausgebaut, zum „Schaufenster des Westens", zum „Pfahl im Fleisch" der DDR. Die DDR-Bürger sollten nach Westberlin ausschwärmen wie die Motten zum Licht. Der Aufbau des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden sollte vereitelt werden. Und genau das gelang. Die Aufweichung von außen und die revisionistische Entartung, die Bildung einer neuen Bourgeoisie im Innern wirkten zusammen. Dies geschah auch im Land der großen sozialistischen Oktoberrevolution, in der Sowjetunion. Für die DDR war damit preisung des Westberlin-Abkommens, sondern hauptsächlich dann, wenn es um ihren gemeinsamen Hauptfeind, die marxistisch-leninistische Weltbewegung mit ihrem Zentrum, der Volksrepublik China, geht.

Wer sich verändert hat, ist klar: die DDR — denn sie ist kein sozialistisches Land mehr; die alte KPD — denn sie hat sich inzwischen endgültig selbst liquidiert. Aus Kommunisten sind Revisionisten, sind Verräter der Arbeiterklasse geworden. Wer sich grundsätzlich nicht verändert hat, ist erst recht klar: Der westdeutsche Imperialismus mit seiner Hauptstütze in der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie. Das beweist er nicht nur in seiner Innenpolitik, die zu einer immer größeren Verschlechterung der Lebenslage der werktätigen Massen führt, weil er aus dem Volk den Reichtum herauspreßt, den er sich aneignet und in andere Länder exportiert, um auch diese Völker unter seine Knute zu zwingen. Auch in seiner

neuen Bourgeoisie der DDR. Diese Politik ist gegen die Interessen der Völker gerichtet. Das Berlin-Abkommen beweist das: für die werktätige Bevölkerung sowohl Westberlins und der DDR wie der Sowjetunion bringt es nichts als Verschlechterungen ihrer Lebenslage.

Die DDR wird noch mehr ausgepowert: Die Wirtschaft der DDR muß noch mehr auf Export ausgerichtet werden, die Versorgungslage der DDR-Bevölkerung wird verschlechtert, der imperialistische Schund kann ungehindert eindringen.

Das gleiche gilt auch für die Sowjetunion: Skrupellos verschachern die Sowjetführer aus kurzfristigen Profitinteressen die Reichtümer des sowjetischen Volkes. Jetzt, nach Abschluß des Berlin-Abkommens werden von langer Hand ausgemauschelte Pläne aus der Schublade gezogen: In Westberlin soll eine Erdöl-Raffinerie errichtet werden, mit russischem Erdöl, abgezapft von der DDR-Pipeline! Das Rohöl soll erst in Westberlin verarbeitet werden. Das würde bedeuten: für die westdeutsche Kapitalistenklasse höchsten Profit; für die westberliner Arbeiterklasse noch größere Vergiftung der Berliner Luft und kaum mehr Arbeitsplätze (siehe Artikel über Umweltverschmutzung im Roten Morgen No. 10/71).

Damit beweisen die sowjetischen Sozialimperialisten wieder einmal: Mit Sozialismus hat ihre Wirtschaftspolitik nicht das geringste zu tun.

Wir sehen also: Der Osthandel der westdeutschen Imperialisten hat durch die revisionistische Entartung der Sowjetunion und der DDR Oberwasser bekommen. Wie die Hyänen balgen sich die Imperialisten aus West und Ost darum, wer die Völker am meisten ausbeuten darf. Lassen wir uns durch Worte nicht täuschen! Politisch sind die westdeutschen Imperialisten vom gleichen Schlag wie die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Hilfspolizisten in SED und SEW. Nur wenn es um die fette Beute geht, sind sie sich spinnefeind, die will jeder für sich allein haben.

Im Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Mächten in der Welt rückt der westdeutsche Imperialismus immer mehr an die Spitze. Das zeigt sich in der Währungskrise, das zeigt sich auch am Berlinabkommen. Der westdeutsche Imperialismus konnte durchsetzen, daß die

Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen dadurch Westberlin als Tummelplatz von Parasiten bezahlen müssen: Das stört die westdeutschen Imperialisten nicht, solange sich die westberliner Arbeiterklasse das gefallen läßt, denn nur dann ist ihnen Westberlin noch einen Pfifferling wert. Denn alles andere hatte sich bisher nicht gelohnt: Die Westberliner Großunternehmer, denen jahrelang immer mehr Subventionen, Steuergeschenke und Abschreibungsmöglichkeiten und immer vielfältigere Gelegenheiten zu Lug und Betrug an der westberliner Arbeiterklasse geboten wurden, haben zwar Milliarden eingesteckt, aber konsequent darauf verzichtet, in Westberlin zu investieren und dadurch die westberliner Wirtschaft zu entwickeln. Sie haben munter ganze Industriezweige nach Westdeutschland verlagert, sie haben die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der meisten Konzerne völlig abgezogen. Sie haben die westberliner Löhne so niedrig wie möglich gehalten und gehen jetzt dazu über, die ganze westberliner Mittelindustrie stillzulegen. Die Arbeiter können ja sehen, wo sie bleiben, das ist den Unternehmern doch egal, dann müssen sie eben nach Westdeutschland ziehen — was sich eine Arbeiterfamilie zwar nicht leisten kann — oder sich umschulen — was eine gerade entlassene westberliner Näherin so kommentierte: „Jetzt lern ich um und werde Millionär!"

Bis jetzt hatten die westberliner Arbeiter und die anderen Werktätigen noch einige wenige materielle Vorteile von der aggressiven Strategie des westdeutschen Imperialismus: Im Schaufenster des Westens durfte nicht nur ein trockenes Brot liegen. Mit Berlin-Zulage auf den Lohn, mit hohen Einrichtungs- und Ehestandsdarlehen wurden die Westberliner zum Bleiben geködert, zusätzlich mit Überbrückungsgeld und anderen „Zitterprämien" wurden westdeutsche Arbeiter nach Westberlin gelockt. Jetzt ist das nicht mehr nötig, die Darlehen wurden gekürzt und für Westberliner ganz gestrichen, denn als Handels- und Verwaltungszentrum braucht Westberlin kaum Arbeiter. Der werktätigen Bevölkerung Westberlins wird systematisch der Boden unter den Füssen weggezogen und viele gehen lieber jetzt, ehe es zu spät ist und sie auf der Straße sitzen: Allein im letzten halben Jahr wanderten 57 000 Westberliner nach Westdeutschland ab. Auch die Anwerbung von ausländischen Arbeitern wird gestoppt: Der Senat von Westberlin hat verfügt, daß ab sofort ausländische Ar-



Flucht nach Westdeutschland ? Chemiearbeiterinnen bei Schering.

Leistung" bekommen: der Polizeiapparat, der immer mehr auf innere Unruhen ausgerichtet wird und seit der Verabschiedung des Handgranatengesetzes, der westberliner Spielart der Notstandgesetze, auf immer volleren Touren zur Bürgerkriegsarmee ausgebaut wird; dessen Inspektionen, wie jetzt gerade die Polizeiinspektion des piekfeinen Bezirks Zehlendorf in blitzsauberen, nagelneuen, supermodernen Gebäuden Einweihung feiern dürfen. Oder die Handlungsreisenden und Messenbummler, die immer schickere Hotels vorgesetzt bekommen? Oder die Verwaltungsbürokratie, die in immer eleganteren Palästen einziehen darf? Und der dick angepriesene westberliner U-Bahn-Bau! Nicht etwa in die Arbeiterviertel werden die U-Bahn-Linien verlängert, sondern zu den Geschäftszentren wie Steglitzer Forum und Europa-Center, die von den Steuergeldern der westberliner Werktätigen ausstaffiert wurden!

Auf Kosten der Arbeitsplätze wird der Dienstleistungs- und Verwaltungssektor immer mehr aufgebläht. Die Industrieproduktion wird nach Westdeutschland oder ins Ausland verlagert; vorzugsweise in die sogenannten „Niedriglohnländer" Afrikas, Lateinamerikas und Asiens, am liebsten aber in die „Ostblockländer", die noch dazu mit Streikverbot aufwarten können! Und die Arbeiterklasse kriegt einen Tritt in den Hintern und soll aus Westberlin verschwinden. Die Börsenjobber, Aktionäre, Barbesitzer, die Geschäftemacher und Nichtstuer wollen unter sich bleiben. Für diese Parasiten soll das geplante Kongreßzentrum gebaut werden! Dafür gibt es hohe Subventionen,

auch die brüderliche Hilfe im Geiste des proletarischen Internationalismus passé, seit dem Tode Stalins versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten, die DDR zu ihrer Kolonie zu machen.

Heute ist die DDR zum Hilfspolizisten und Juniorpartner der Sowjetunion geworden und für den westdeutschen Imperialismus nicht mehr so gefährlich wie vorher, denn sie ist nicht mehr sozialistisch. Das soll aber die Arbeiterklasse nicht durchschauen, denn sonst würde sie ja begreifen, daß nicht die Revisionisten, sondern die Marxisten-Leninisten der KPD/ML die wahren Kommunisten sind.

Die wortradikale „ideologische Abgrenzung" zwischen BRD- und DDR-Regierung ist nur Mache. Beide stehen auf der anderen Seite der Barrikade, beide sind sie Feinde der Arbeiterklasse. SPD und DKP/SEW sind Knechte der Bourgeoisie vom gleichen Schlag, das zeigt sich nicht nur in ihrer einhelligen Lob-

Außenpolitik beweist der westdeutsche Imperialismus also, daß er um keinen Deut friedlicher geworden ist. Sehen wir uns die Ostpolitik an: Unter dem Deckmantel einer „Friedens- und Entspannungspolitik" kommt der westdeutsche Imperialismus durch die Ostverträge und die Ausweitung des Osthandels seinen aggressiven Zielen näher und näher: Sein Kampf um neue Märkte macht wieder einmal das Grundprinzip des Imperialismus deutlich, wie es uns Lenin gezeigt hat: Dem Imperialismus geht es um die Neuaufteilung der Welt, was er durch Handelskriege und schließlich auch durch Weltkriege erreichen will.

In dieser Strategie des westdeutschen Imperialismus spielt Westberlin eine besondere Rolle: Westberlin, „der Vorposten der ‚freien' Welt", ist seine wichtigste Operationsbasis für seinen Konkurrenzkampf mit dem sowjetischen Sozialimperialismus, für seine Gelüste nach der DDR als neuem „Lebensraum", aber auch für seine Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Sozialimperialismus und der sogenannten „gewachsenen Bindungen" zwischen Westberlin und der BRD jetzt anerkannt sind, er konnte endlich die aggressive Rolle Westberlins absichern: Westberlins Bürgermeister Schütz (SPD) frohlockt: „Westberlin als Brücke oder Drehscheibe, früher eine Utopie, bekommt auf einmal Realitätsgeruch."

Was heißt das? Das heißt, daß die Strukturveränderung Westberlins, die seit Kriegsende konsequent vom westdeutschen Imperialismus auf dem Rücken der westberliner Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen inszeniert worden ist, jetzt endlich politisch abgesichert wird. Nur als „Drehscheibe zwischen Ost und West" — so verriet schon Brandt als westberliner Bürgermeister, nur als Handels- und Verwaltungszentrum hat Westberlin für den westdeutschen Imperialismus noch einen Sinn. Egal, ob dadurch zehntausende von Arbeitsplätzen verloren gehen, egal, ob Westberlin dadurch weiterhin hoffnungslos überaltert, egal, ob die westberliner und westdeutsche

AUSBEUTUNG TROTZ 'ZITTERPRÄMIE': WESTBERLINER ARBEITERINNEN IN DER ELEKTRONIKINDUSTRIE



beiter in Abrißhäusern keine Wohnung mehr bekommen. Was das bei der chronischen Wohnungsnot in Westberlin bedeutet, ist klar

Und der Westberliner Finanzsenator Striek bittet zur Kasse: „Jetzt muß Westberlin sich selber helfen", „jetzt heißt es den Gürtel enger schnallen", „jetzt können wir vom Bund nicht mehr so viel verlangen, denn wir sind politisch selbständiger geworden" — so krakelt der westberliner SPD-Senat. Die „gewachsenen Bindungen" Westberlins an die BRD sollen bleiben — aber die zu sehr gewachsenen finanziellen Bindungen sollen auf dem Rücken der westberliner Arbeiterklasse abgebaut werden. Kommentar der westberliner SPD-Führer: „Politische Annäherung Westberlins an den Bund bedeutet natürlich auch finanzielle Angleichung".

Der Haushaltsplan des westberliner Senats für 1972 bringt es an den Tag: Die Milch- und Kohlenpreise sollen noch mehr steigen, weil die Frachthilfen zwischen BRD und Westberlin gestrichen worden sind! Die Fahrpreise werden erhöht — „aber in Westdeutschland kostet Bus- und Bahnfahren ja auch mehr!" (so Finanzsenator Striek). Die Mieten für **alle** Wohnungen sollen rigoros steigen — und damit faktisch der weiße Kreis eingeführt werden, wie er in West deutschland schon existiert. Gas-, Wasser-, Strompreise werden natürlich auch „angeglichen". Hundesteuer, Müllabfuhr, Motorboote, Theaterkarten, Plätze in Kindertagesstätten (von der allgemeinen Teuerung ganz zu schweigen) — alles wird rücksichtslos heraufgesetzt! Alles nur, damit Westberlin zum Börsenjobber-, Lobbyisten-, Spekulanten-Rummelplatz ausgebaut werden kann!

„Der einzelne muß begreifen, daß er in Zukunft für mehr Leistung auch mehr bezahlen muß", sagt Finanzsenator Striek. Wer muß denn mehr bezahlen? Etwa die Hausbesitzer, die alle Erhöhungen auf die Mieten umlegen, wie im Märkischen Viertel gerade wieder bewiesen? Oder die Kohlenhändler und Meiereibesitzer, deren Frachthilfen gestrichen worden sind? Oder die Unternehmer, die immer mehr Betriebe schließen? — Und wer bekommt „mehr Leistung"? Etwa die Reinickendorfer Arbeiter, die schon seit Jahren auf ein neues Krankenhaus warten und, wie jetzt bekannt wurde, noch bis 1974 warten sollen? Und die Bewohner von verrotteten Abrißhäusern, die jetzt erfahren mußten, daß die Sanierung noch sage und schreibe 14 Jahre dauert? Oder sind es nicht vielmehr andere, die „mehr

die Kapitalistenklasse streicht ein, die Zeche soll der Arbeiter zahlen.

Und damit er nicht merkt, daß er in die Röhre guckt, kommen die „menschlichen Erleichterungen" auf den Tisch: 120 Telefonleitungen nach Ostberlin — Besuchserleichterungen nach Ostberlin und der DDR — Erleichterungen im Durchgangsverkehr zwischen Westberlin und der BRD. Wozu das alles? „Für die Menschen" — oder nicht vielmehr in erster Linie für die westdeutschen Imperialisten, die zur Erleichterung des Handels, zur Verstärkung der Ausbeutung und ideologischen Infiltration der DDR diese Erleichterungen brauchen? Denn was dabei für die westberliner Werktätigen herausspringt, ist doch nur Abfallprodukt, gut genug, um als „soziale" Demagogie in den Vordergrund gespielt zu werden. Das ist Bauernfängerei! Aber was ist die Alternative? Etwa das, was die Revisionisten von der SEW vorschlagen? Wenn man ihnen Glauben schenken würde, dann genügte es, sie zu wählen, dann würde sich schon alles ändern. Nein! Für die Arbeiterklasse macht es keinen Unterschied, ob die bürgerlichen Machtpolitiker von schwarzer, rosa oder scheinbar roter Couleur über sie bestimmen wollen. Es gibt eben keine Lösung der nationalen Frage nur für Westberlin allein. Die KPD/ML weiß: Nur die proletarische Revolution in beiden deutschen Staaten, nur ein einiges und unabhängiges sozialistisches Deutschland kann die Lösung sein! *

RENTNER IN DER 'HOFFNUNGSLOS ÜBERALTERTEN' STADT



VERBOT DER KPD/ML ?

DIE ARBEITERKLASSE WÄCHST UND ERSTARKT

1969 beginnt mit den 'wilden Septemberstreiks' eine neue Phase des Klassenkampfes in Westdeutschland.
1970 streiken 500 000 Metallarbeiter.

1971 streiken 300 000 Chemiearbeiter für eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse unter Parolen wie 'Welcher Unterschied besteht zwischen den Unternehmern und der Mafia? - KEINER !'
Überall in Deutschland: Besetzungen von leerstehenden Häusern durch Wohnungssuchende Demonstrationen gegen Wohnungsnot, Mietwucher und Grundstücksspekulation.
Ärzte und Krankenschwestern streiken für bessere medizinische Versorgung der Bevölkerung, für bessere Ausbildung und Bezahlung.

Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen. Rote-Punkt-Aktionen im Ruhrgebiet und in Heidelberg.

Überall in Westdeutschland und West-Berlin: Demonstrationen gegen faschistischen Terror in anderen Ländern: Spanien, Indonesien, Japan, Persien, Türkei, Polen.
Demonstrationen und Kampagnen gegen Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung, bis zur Steuerverweigerung.
Am 1. Mai demonstrieren Hunderttausende von Arbeitern ihre Stärke und Entschlossenheit. Allein in Berlin gehen 25 000 auf die Straße, trotz Abwieglungsmanöver von DGB und SEW.
Die Metallarbeiter rüsten sich zu einem neuen, schweren Lohnkampf bei den Tarifverhandlungen.
Streiks und Demonstrationen gegen Kurzarbeit und Entlassungen. In Hagen marschieren 5000 Arbeiter.

DIE KAPITALISTEN RÜSTEN ZUM VERSCHÄRFTEN KLASSENKAMPF

Der Rüstungshaushalt wird um 11% erhöht, mehr als je zuvor. Die Bundeswehrreform läuft auf die Bildung eines Berufsheeres hinaus, noch mehr Arbeitersöhne sollen eingezogen werden. Manöver in der ganzen BRD, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung, vor allem auf die Ernte der Bauern.

Manöver zur 'Befreiung' besetzter Fabriken werden abgehalten. Der Bundesgrenzschutz wird per Gesetz für den Einsatz im Inneren 'gerüstet'.

Der Polizeietat wird im nächsten Jahr verdoppelt. In mehreren Bundesländern soll die Polizei verstaatlicht werden, um gegen die Arbeiterklasse geschlossener und wirksamer vorgehen zu können.

Die Polizei geht immer brutaler vor: Unter dem Vorwand, 'extremistische Gruppen' zu beseitigen, wird wild in die Gegend geballert. Petra Schelm wird ermordet. In München werden Bankräuber und Geiseln von Maschinengewehrgarben durchsiebt. Autoknacker und kleine Ganoven werden immer häufiger 'auf der Flucht' erschossen.

Blutige Schlägereien der Polizei in Frankfurt bei einer Hausbesetzung, wo mehrere Beamte zur Waffe greifen. Schlägereien bei der Hirohito-Demonstration in Berlin. Bei den Chemiestreiks wird ein Streikposten von einem zivilen Kriminalbeamten zusammengeschlagen. Die Zustände in deutschen Gefängnissen sind katastrophal, Gefangene werden mißhandelt.

Das neue BVG soll die Arbeiter im Betrieb mundtot halten.

Eine Verschärfung des Ausländergesetzes ist vorgesehen.

Für die Olympischen Spiele plant man bereits Straßenschlachten: Ein eigener Ausschuß wurde eingerichtet, der schon jetzt Pläne entwerfen soll, wie mögliche Demonstrationen auseinandergetrieben werden können.

Das sind die Tatsachen. Was zeigen sie ? Sie zeigen:

DER KLASSENKAMPF IN WESTDEUTSCHLAND VERSCHÄRFT SICH IMMER MEHR. DIE GANZE BEVÖLKERUNG WIRD ERFASST VON STEIGENDER EMPÖRUNG ÜBER DIE UNMENSCHLICHEN UNWÜRDIGEN VERHÄLTNISSE DIESES SYSTEMS. DIE KAPITALISTENKLASSE RÜSTET SICH, UM DIE NEUE REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG ZU UNTERDRÜCKEN.

Warum aber ist die Bourgeoisie gezwungen, mit allen Mitteln 'Ruhe an der Heimatfront' (Staatssekretär Arendt) aufrechtzuerhalten ? Warum soll die Bundesrepublik – wieder einmal – zur Klassenkampf in Westdeutschland verschärft sich immer mehr. Unter diesen Umständen muß die Bourgeoisie natürlich ihren Hauptfeind in jenen Kräften sehen, die mit der Waffe des Marxismus-Leninismus den Kampf der Arbeiter auf den Sturz des kapitalistischen Staates richten. Der Hauptfeind der Bourgeoisie ist immer diejenige Partei, die die Arbeiterklasse anführt in ihrem Kampf um die Befreiung aller Werktätigen, in ihrem Kampf um den Sozialismus.

Kein Wunder, daß sich in letzter Zeit die Angriffe auf diese Organisation, auf diese bolschewistische Partei, auf die **KPD / Marxisten-Leninisten**, häufen. Seit ihrer Gründung hat die **KPD/ML**

Die **KPD/ML** hat dem sozialfaschistischen DGB-Apparat, der die Arbeiter verschaukelt und das imperialistische Weltmachtstreben der Kapitalisten unterstützt, die Maske vom Gesicht gerissen. Anders als die revisionistische DKP-Führung, hat die **KPD/ML** die Arbeiterklasse nicht verraten und verkauft, versucht sie nicht, den Klassenkampf mit Phrasen abzuwürgen, sondern setzt sich konsequent für die Interessen der Arbeiter ein.

Natürlich hat die **KPD/ML** von Anfang an mit der 'Rache' der Kapitalisten rechnen müssen. Sie mußte damit rechnen, verfolgt, verboten, unterdrückt zu werden. Die Kapitalisten haben klar

Natürlich sind das meistens Schikanen, aber sie haben doch Methode. Wohin diese Repressalien in kurzer Zeit führen sollen, das hat uns ein Vertreter des Staatsapparates klipp und klar gesagt:

DIE KPD/ML IST NOCH NICHT VERBOTEN – ABER SIE WIRD ES BALD SEIN !

Das war in der bayrischen Stadt Burghausen, wo die Kapitalisten vor kurzem einen neuen, schweren Schlag gegen die **KPD/ML** zu starten versuchten. Hören wir den Bericht der dortigen Genossen:

WAS GESCHAH IN BURGHAUSEN ?

Die **Rote Garde** Burghausen wurde

und verlangte unsere Personalien. Dazu mußten wir in den Streifenwagen einsteigen mit der Begründung, Ausweiskontrollen auf der Straße seien verkehrswidrig, außerdem könnten zuviele Leute zuschauen.

Die Polizisten hatten ganz einfach Angst vor der Öffentlichkeit !

Dann wurde uns erklärt: Die KPD ist verboten, die Flugblätter werden beschlagnahmt.

Das war natürlich Blödsinn, denn die **KPD/ML** ist nicht verboten. Deshalb fuhren wir mit zur Wache, um die Sache zu klären und unsere Flugblätter zurückzuverlangen.

Bundesrepublik – wieder einmal – zur Friedhofsruhe gezwungen werden ?

Die Antwort ist einfach: Je mehr die imperialistischen Großmächte, die USA und die UdSSR, in die Weltkrise hineinrutschen, desto aggressiver werden die beiden 'neuen' Imperialismen, Westdeutschland und Japan (aus Japan haben wir in der letzten Zeit ja ähnliche Dinge gehört: Straßenschlachten bei Demonstrationen gegen ein Flughafenprojekt, bei Hausbesetzungen usw. Auch dort schlägt die Kapitalistenklasse zu, weil eine wachsende Arbeiterbewegung ihre imperialistischen Großmachtgelüste ganz empfindlich stören würde.) Diese beiden Staaten vor allem versuchen sich einen 'Platz an der Sonne' zu erobern; durch gewaltige Waren- und Kapitalexporte wollen sie den Durchbruch zur imperialistischen Weltmacht schaffen.

Deshalb, um ihre aggressiven, brutalen pläne durchführen zu können, brauchen sie Ruhe im Inneren.

Andererseits steht Westdeutschland selbst am Rand einer schweren Krise. Überproduktion und volle Warenläger auf der einen, fehlende Kaufkraft bei den werktätigen Massen auf der anderen Seite – das hat sie in eine tiefe nationale Krise gestürzt, die den aggressiven Charakter des Imperialismus, seinen Drang zur Expansion auf dem Weltmarkt noch weiter verschärft. Natürlich rüttelt diese Krise, die wieder einmal die Werktätigen zahlen sollen, die Arbeiterklasse auf. Sie setzt sich zur Wehr.

Die Tatsachen zeigen also: Der unversöhnlichen Widerspruch zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse, der seit ihrer Gründung hat die **KPD/ML** den wahren Charakter des westdeutschen Imperialismus konsequent entlarvt und der Arbeiterklasse den einzigen Ausweg aus Unterdrückung und Ausbeutung gezeigt: **die sozialistische Revolution.**

werden. Die Kapitalisten haben klar erkannt, welche Gefahr die **KPD/ML** für sie bedeutet. In der letzten Zeit häufen sich deshalb die Angriffe des Kapitals auf die **KPD/ML**, auf die Partei der Arbeiterklasse:

DER KLASSENFEIND SCHLÄGT ZU

◈ In München versuchte die Polizei, den Banküberfall im August der **Roten Garde**, der Jugendorganisation der **KPD/ML**, in die Schuhe zu schieben.

◈ In Ingolstadt wurde ein Flugblattverteiler von der politische Polizei mit Teleobjektiv gefilmt, um ihn einzuschüchtern. Als das nichts nützte, setzte man seine Eltern unter DrucK.

◈ Unter fadenscheinigen Vorwänden werden überall Hausdurchsuchungen angedroht.

◈ Vor Noell/Salzgitter wurden ROTER MORGEN und Plakatständer beschlagnahmt, mit der 'Begründung', sie behinderten den Verkehr. Seit wann sind Zeitungen ein Verkehrshindernis ?

◈ In allen Städten sind Ausweiskontrollen und Anzeigen gegen Flugblattverteiler und ROTER-MORGEN-Verteiler an der Tagesordnung.

◈ Sobald ein neuer Sympathisant der **KPD/ML** bekannt wird, hetzt der Verfassungsschutz hinter ihm her.

◈ DGB- und DKP-Führer, diese gekauften Arbeiterverräter, fordern im Auftrag des Kapitals das Verbot der **KPD/ML**.

◈ In München sollen sieben Genossen 'aus dem Verkehr' gezogen werden, indem man ihnen einen 'Raubüberfall' andichtet.

◈ Die Telefone unserer Genossen werden abgehört, ihre Post geöffnet. Immer häufiger verschwinden Briefe und Pakete.

◈ In Nürnberg versuchte man, einen Thälmann-Film zu beschlagnahmen und drohte uns mit einer Geldstrafe von 50000 DM, weil wir den Film angeblich eingeschmuggelt haben.

Die **Rote Garde** Burghausen wurde erst vor kurzer Zeit gegründet. Das Hauptgewicht unserer Arbeit legten wir auf das dortige Werk der Wacker-Chemie, ein Großbetrieb mit 5000 Arbeitern und Teil des südostbayrischen Chemie-Dreiecks Burghausen (Wacker, Marathon)–Gendorf (Farbwerke Hoechst) – Trostber (Süddeutsche Kalkstickstoffwerke).

Wir dachten, es wäre am besten, sich den Arbeitern erst einmal in einem allgemeinen Propagandaflugblatt vorzustellen, damit sie uns kennenlernen. Deshalb verteilten wir am 28. Oktober ein Flugblatt, in dem wir an konkreten Beispielen das Wesen des Kapitalismus aufzeigten. Wir entlarvten die steigenden Preisen und Mieten, die Umweltverschmutzung, die Gesundheitsgefährdung, die Wirtschaftskrise, den Terror gegen die Arbeiterklasse als 'notwendige Übel' des kapitalistischen Systems. Und wir zeigten den einzigen Ausweg: den Sozialismus. Sozialismus, der in China und Albanien bereits Wirklichkeit geworden ist, bedeutet die Diktatur des Proletariats, als die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit und das Volkseigentum an den Produktionsmitteln.

Am Schluß des Flugblattes erklärten wir die Notwendigkeit der politischen Pertei der Arbeiterklasse. Wir entlarvten die DKP und propagierten die **KPD/ML** und ihre Jugendorganisation, die **Rote Garde.**

Da wir am 28. nur eine Schicht mit unserem Flugblatt erreichen konnten, verteilten wir am anderen Morgen noch einmal. Nach etwa 10 Minuten tauchte die Polizei mit zwei Streifenwagen auf zurückzuverlangen.

Dort behandelte man uns schlicht und einfach wie Verbrecher. Jeder wurde einzeln vom Polizeichef verhört. Ein Genosse wurde in ein richtiges Kreuzverhör genommen, weil sie ihn über unsere Organisation ausquetschen wollten. Unvorsichtigerweise nannte er als Treffpunkt ein Gasthaus. Am nächsten Tag parkte dort prompt ein ziviler Polizeiwagen, einige Tage später ein Wagen der bayrischen Grenzpolizei.

Einen anderen Genossen hätten sie gern zum 'Rädelsführer' gestempelt. Deshalb wurde er in eine lange politische Diskussion verwickelt. Dabei fielen einige interessante Bemerkungen. Zuerst natürlich der übliche Blödsinn, mit dem man uns zu entmutigen versucht: Unsere Flugblätter würden doch von niemanden gelesen, sondern nur auf dem Fabrikhof herumliegen. Dann sagte der Polizist hämisch: Was wir uns eigentlich einbilden, von den Arbeitern auch noch politisches Engagement zu verlangen, jetzt in der Krise, wo sowieso jeder um seinen Arbeitsplatz fürchten muß ? Selten haben wir das von einem Vertreter des bürgerlichen Staatsapparates so deutlich gehört, daß die westdeutschen Kapitalisten mal wieder bis zum Hals in der Krise stecken.

Der Polizeichef telefonierte schließlich mit einer Münchner Behörde (welche, wissen wir nicht, da man uns vorher vorsichtshalber rausschickte), um sich genauere Anweisungen zu holen. Und die haben ihn anscheinend gründlich aufgeklärt. Denn als wir wieder ins Zimmer gerufen wurden, da wußte er es ganz genau:

ROTE GARDE
BURGHAUSEN

Kolleginnen, Kollegen!

Was ist Sozialismus?

Sozialismus heißt nicht:

Im Ostblock ist Kein Sozialismus!

KAUFT NACH BETRIEBSSCHLUSS DEN ROTEN MORGEN

Wirklicher Sozialismus

Es lohnt sich für den Sozialismus zu kämpfen!

Wir kämpfen für den Sozialismus!

Die Waffe der Arbeiter

Schreibt uns

Verzeichnis

DIE KPD/ML IST NOCH NICHT VERBOTEN – ABER SIE WIRD ES DEMNÄCHST SEIN !

Außerdem sei unser Flugblatt verfassungsfeindlich, weil es zum gewaltsamen Sturz des bürgerlichen Staatsapparates aufruft und die Diktatur des Proletariats propagiert.

Dann folgte eine Erpressung: Keine Anzeige, wenn wir mit der Beschlagnahme einverstanden sind, im anderen Fall.... Wir dachten nicht daran, uns einschüchtern zu lassen. Also haben wir jetzt mit einer Anzeige wegen Verbreitung staatsgefährdender Schriften zu rechnen.

Die Beschlagnahmung wurde inzwischen vom Landrat Altotting bestätigt (siehe Abdruck des Briefes).

Natürlich ließen wir die Sache nicht auf sich beruhen. Wir verteilten ein Flugblatt am Dienstag, den 2.11., in dem wir diese Vorfälle und die 'Rechtswidrigkeit' der Beschlagnahme beschrieben. Und wir schrieben auch, daß wir uns durch diese Schikanen nicht abhalten lassen würden vom Kampf um den Sozialismus, im Gegenteil. Wir riefen die Arbeiter zur Solidarität auf und schlossen mit einem Wort von Mao Tsetung:

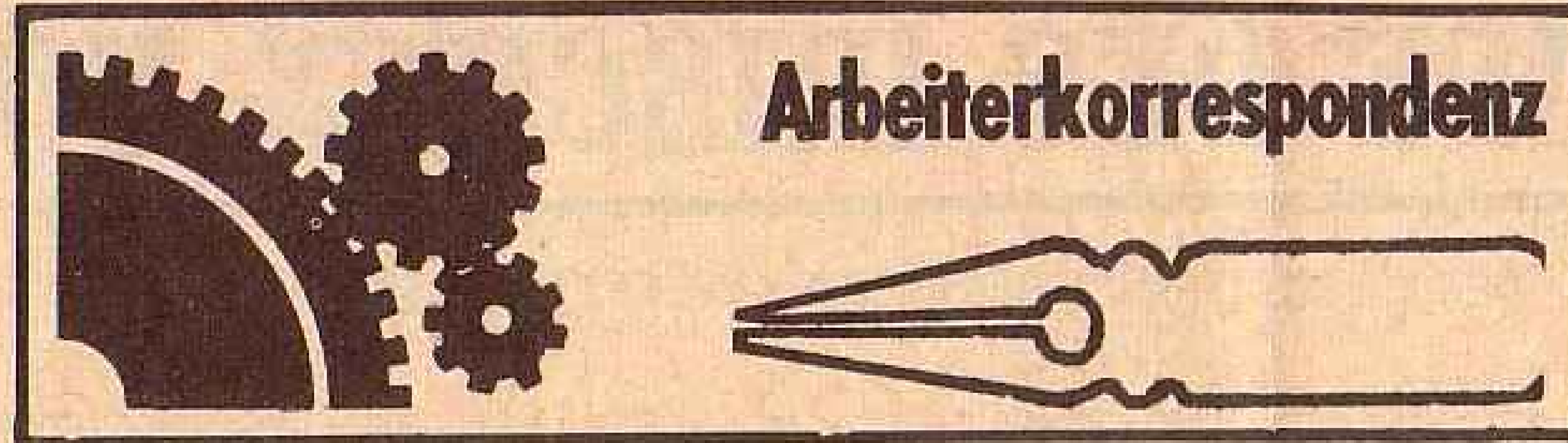
Wenn der Feind uns bekämpft,
ist das gut und nicht schlecht.

Kaum hatte der Werkschutz ein Exemplar in die Finger bekommen, da fuhr er bereits aufs Revier. Unsere 'Freunde und Helfer' tauchten wieder auf: Beschlagnahmung. Diesmal wußten sie allerdings nicht so recht, warum, telefonierten stundenlang mit dem Chef und versuchten schließlich, uns das Verteilen zu verbieten. Natürlich ließen wir uns das nicht gefallen. Solange ein Flugblatt nicht beschlagnahmt ist, kann es auch verteilt werden. Den Polizisten blieb nichts anderes übrig, als wieder abzuziehen.

Nach Betriebsschluß verkauften wir den ROTEN MORGEN und diskutierten mit den Arbeitern. Dabei stellten wir fest, daß viele von ihnen mit uns sympathisieren. Alles in allem war unsere erste Aktion ein großer Erfolg, der uns zu verstärktem Kampf anspornen wird.

BESCHLAGNAHMUNG BESTÄTIGT

Soweit der Bericht der Genossen aus Burghausen. Wenige Tage später trudelte dann der Brief des Landratsamtes Altötting ein, in dem die Beschlagnahmung gerechtfertigt und bestätigt wurde. Wir drucken ihn hier ganz ab, weil die Beschreibung unserer herrlichen Demokratie wirklich lesens-



OPEL entlässt „Störenfriede".

Die Kapitalistenklasse bekommt Oberwasser. Der IGM-Tag hat deutlich gemacht, wie wenig die IG Metall noch bereit ist, sich für den Arbeiter in irgendeiner Form einzusetzen. Vereinzelt regt sich angesichts dieser Erkenntnis der Widerstand der Arbeiter. Um das Vertrauen der Arbeiter auf die eigene Kraft schon im Keim zu ersticken, gehen manche Konzerne zu massiven Drohungen gegen ihre Belegschaft über. Bei Opel in Rüsselsheim wurden nach einer Belegschaftsversammlung, in der die Kollegen aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht hatten, 15 Arbeiter entlassen, um ein „Exempel zu statuieren". In einem Entlassungsbrief der Rüsselsheimer Geschäftsleitung heißt es:

„Sehr geehrter Herr X!

Wie wir feststellen, gaben Sie am 7.10. auf der Betriebsversammlung als Diskussionsredner folgende Erklärung ab: ‚Kolleginnen und Kollegen! Jetzt stehen wir da und warten auf unsere Gewerkschaft und erwarten, daß sie die Lügen entlarvt. Aber was geschieht? Nichts! Und wenn das so weitergeht, müssen wir wie im vorigen Jahr den Arbeitskampf in unsere Hände nehmen. Dann, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir wie 1970 unsere eigenen Forderungen stellen und das sind 15 %. Außerdem haben wir im vorigen Jahr nur deshalb aufgehört zu streiken, weil wir für dieses Jahr fest mit dem 13. Monatslohn gerechnet haben. ren Verstoß gegen die Betriebsordnung und Ihre arbeitsvertraglichen Pflichten dar. Wir kündigen daher Ihr Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der tariflichen Kündigungsfrist zum 13. November 71. Wir stellen Sie ab sofort unter Fortzahlung des Lohnes während der Kündigungsfrist von der Arbeitsleistung frei und untersagen Ihnen, das Werksgelände zu betreten.

Hochachtungsvoll A. Opel AG"

Natürlich stehen solche Kollegen damit auf „schwarzen Listen", was ihnen die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz erheblich erschwert. Die Geschäftsleitung kann sich darauf verlassen, daß der Betriebsrat dieses schmutzige Spiel mitspielt. Betriebsratvorsitzender Paul Lorentz von Opel Rüsselsheim, der zugleich ein CDU-Mandat im Bundestag hat, ließ ein Flugblatt verteilen, in dem es neben einer Hetze gegen die KPD/ML heißt: Nur die Gewerkschaften (gemeint sind die Bonzen) hätten das Recht, zum Streik aufzurufen. „Wer durch ungesetzliche Maßnahmen gegen vertraglich vereinbarte Pflichten verstößt, hat die sich daraus ergebenden Konsequenzen einschließlich Lohnausfall selbst zu verantworten." Die Kollegen sollten sich vertrauensvoll an „ihren" Betriebsrat halten. Bei Opel in Bochum erschien zwei Wochen nach einem Streik gegen das Punktbewertungssystem in einigen Abteilungen bei den Belegschaftsmitgliedern zu Haus ein

Nachruf

Nach schwerer Krankheit verstarb im Alter von 63 Jahren Genosse Heinrich Hartmann, Dortmund. In jungen Jahren schloß er sich der revolutionären KPD unter Ernst Thälmann an und kämpfte in der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die Hitlerfaschisten sperrten ihn ein, konnten jedoch seinen Kampfwillen nicht brechen. 1945 war er Mitbegründer der KPD Hukkarde. Von Abscheu über den Verrat der Ulbricht, Reimann, Bachmann erfüllt, erkannte er die Notwendigkeit einer neuen revolutionären KP und unterstützte die KPD/ML.

Nach schwerer Krankheit verstarb im Alter von 57 Jahren Genosse Werner Konczak, Hamburg. Er war einer der ersten, die offen den revisionistischen Kurs in der KPD bekämpften. Nach der berüchtigten „Erklärung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien" 1960 verfocht er in einem Brief an Max Reimann den Standpunkt der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens. Er war Gründungsmitglied der KPD/ML und hat bis zu seinem Lebensende seine Parteiaufgaben gewissenhaft erfüllt.

Wir werden dem Kampf der beiden Genossen zum Sieg verhelfen.

ERNST THÄLMANN

REDEN UND AUFSÄTZE ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG



wert ist, wo die 'Staatsgewalt vom ganzen Volk ausgeht' (und nicht etwa in den Händen einer kleinen, ausbeuterischen Minderheit liegt), wo die Ausübung der Staatsgewalt nicht durch ein Diktat (d.h. willkürlich, ohne Bindung an Recht und Gesetz)' erfolgt, (denn der kapitalistische Staat hat sich ja jede Menge Gesetze geschaffen, die die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen, die kriegstreiberische Expansionspolitik der westdeutschen Kapitalisten, den faschistischen Terror von Justiz und Polizei rechtfertigen und legalisieren !).

Viel interessanter allerdings ist der Hinweis im nächsten Abschnitt: 'Es ist noch nicht festgestellt, ob die KPD/ML eine Ersatzorganisation der 1956 als verfassungsfeindlich erklärten KPD ist.' Das ist eine eindeutige Drohung, ein Wink mit dem Verbot, ausgesprochen in einem Schreiben der Justizorgane.

Das muß uns zu verschärfter Aufmerksamkeit aufrütteln. Denn niemand soll sich vormachen, daß diese Drohung 'nur' aus einem kleinen bayrischen Ort kommt, daß dahinter 'besonders reaktionäre Kräfte' stecken und was mehr deren Wunschvorstellungen sind. Hier spricht die Bourgeoisie klar und deutlich aus, was sie vorhat: Illegalisierung der **KPD/ML** und zwar auf dem für sie einfachsten Weg: Uns zur Nachfolgeorganisation der KPD zu erklären. Damit spart sie sich alle Scherereien vor dem Verfassungsgericht.

Ob ihr Versuch, uns durch Verbot zu zerschlagen, gelingen kann, das allerdings liegt an uns. Mao Tsetung lehrt uns, daß alle Dinge sich entwikkeln auf Grund ihrer inneren Widersprüche, daß äußere Einflüsse nur eine sekundäre Rolle spielen. Das KPD-Verbot 1956 konnte die KPD nur deshalb zerstören, weil sie selbst vom Wurmfraß des Revisionismus angefressen war. Keine wirkliche kommunistische Partei kann durch die Illegalität zerschlagen werden, solange sie nicht abweicht vom Marxismus, vom Leninismus und den Maotsetungideen. Das hat uns die Geschichte der KP Rußlands, der KP Chinas, der Partei der Arbeit Albaniens und aller kommunistischer Parteien in der Gegenwart und Vergangenheit gelehrt. Die **KPD/ML** kann von der Bourgeoisie nur besiegt werden, wenn sie vom Marxismus-Leninismus abweicht, wenn wir eine Politik des Versöhnlertums mit der Bourgeoisie betreiben, wenn wir unsere Reihen nicht freihalten vom Gift des Revisionismus.

dem 13. Monatslohn gerechnet haben. Auch das gehört zu unseren Forderungen. Und dafür, Kolleginnen und Kollegen, wird sich ein Arbeitskampf lohnen.'

Diese vorstehenden Äußerungen, die auf den im vorigen Jahr geführten wilden Streik verweisen und den Hinweis enthalten, wenn das so weitergehe, wie im vorigen Jahr zu handeln, stellen einen schwe-

Belegschaftsmitgliedern zu Haus ein Drohbrief der Geschäftsleitung, der wortwörtlich dem Rüsselsheimer Betriebsratsflugblatt entsprach. Nur daß der Arbeiter sich statt an den Betriebsrat vertrauensvoll an die Geschäftsleitung halten sollte.

Mit all ihren Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse wird die Bourgeoisie ihren Untergang nicht vermeiden können.

ARBEITER ZWEITER KLASSE

In Ulm, wo der Argenta-Agent Ludwig Erhard auf Stimmenfang ging, wird ein neuer Stadtteil für rund 20000 Menschen gebaut. Um den Bau zügig abzuwickeln, vereinbarte die Stadtverwaltung mit den Baugenossenschaften, die diese zügige Abwicklung durch die freundliche Beschäftigung ausländischer Arbeiter gewährleisten, daß ausländische Arbeiter dort nicht einziehen dürften. Die Zahl der „Sozialfälle", wie es im Verwaltungsdeutsch so menschlich heißt, soll auf höchstens 33% beschränkt bleiben. Offenbar wollen sich die Bauherren Ärger bei der Eintreibung ihrer Profite ersparen und fördern daher die kleinbürgerliche Borniertheit braver Kunden. Die ausländischen Arbeiter werden gegenüber den deutschen wieder einmal als minderwertig dargestellt, in einem erneuten Versuch, die Arbeiterklasse zu spalten.

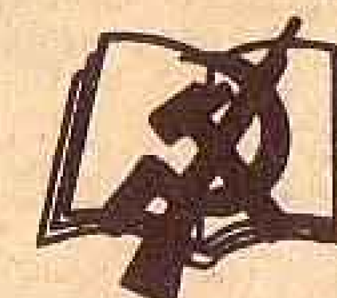


BAND 1: Auswahl aus den Jahren Juni 1919 bis November 1928 ca. 650 Seiten, Preis 12,- DM

BAND 2: Auswahl aus den Jahren November 1928 bis September 1930 ca. 570 Seiten Preis 11,- DM

VERLAG ROTER MORGEN
Hamburg 1971

Bestellungen an:



ZENTRALER LITERATURVERTRIEB
Hans-Joachim Kühn
2 Hamburg 19
Postfach 7691
Postscheckkonto Hamburg 3217 30

Bestellschein

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HIERMIT BESTELLE ICH :
AB NUMMER ....

Der ROTE MORGEN erscheint alle vierzehn Tage und kostet pro Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto DM 11,00. Dieser Betrag ist im voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 3364 44 (D. Schneider) zu bezahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL / ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

Den Bestellschein bitte ausschneiden und senden an:
Verlag Detlef Schneider, 2000 Hamburg 19, Postfach 7654

Kanada

In Kanada entwickelt sich z.Z. eine breite Massenbewegung gegen den US-Imperialismus. Arbeiter, Schüler und Studenten verließen ihre Fabriken und Schulen, um gegen den geplanten gefährlichen Atomversuch der USA auf der Insel Amtschitka (Alaska) zu protestieren. Kanada, das z.Z. eine Arbeitslosigkeit von ca. 8,5 % hat, ist besonders hart betroffen von Nixons zehnprozentiger Importsteuer und entwickelt auf verschiedenen Ebenen eine scharfe Kritik gegen die Politik des Dollar-Imperialismus, der **sämtliche** Schlüsselindustrien in Kanada kontrolliert. Auch das kanadische Proletariat widersetzt sich immer schärfer den Ausbeutungsmethoden, so blockierten Hunderte von Arbeitslosen in Mont Laurier (Provinz Quebec) 9 Stunden die Hauptverkehrsstraße, um gegen die Entlassungen von Hunderten von Arbeitern zu protestieren. Dies war die zweite Blockade innerhalb eines Monats in der Provinz Quebec, in der besonders die französisch-stämmigen Arbeiter unterdrückt werden. Dies fand seinen Ausdruck im letzten Jahr, als eine Befreiungsbewegung für Quebec (FLQ) zwei Regierungsmitglieder gekidnappt hatte.

HEROISCHER KAMPF DES IRISCHEN VOLKES

Die Lage in Nordirland wird immer gespannter. Das ist das Ergebnis des wilden Angriffs und des Terrors der britischen Besatzungstruppen gegen die Bevölkerung. Das seit Jahrhunderten unterjochte Volk befreit sich gewaltsam von der Unterdrückung.

Nach Pressemeldungen wurden allein am letzten Oktoberwochenende 7 Nordiren getötet und zahlreiche weitere, unter ihnen Frauen und Kinder, verwundet. Aber die nordirischen Patrioten beantworten doe faschistische Gewalt mit ihrer revolutionären Gewalt. Sie überfallen Kasernen und britische Truppenstreifen, sowie .Polizeiposten und Regierungsinstitutionen Das Volk steckt Besatzerautos in Brand. Die Patrioten legen Minen an Regierungsgebäude.

DER FREIHEITSKAMPF DES IRISCHEN VOLKES LÄSST SICH AUCH DURCH BRITISCHE KZ's NICHT EINDÄMMEN.



Die 800jährige Unterdrückung

Irland ist seit 1170 eine englische Kolonie. Die Normannen führten damals die erste Invasion und Okkupation aus. Seit dieser Zeit hat es nahezu alle 50 Jahre eine Rebellion gegeben. Der Unabhängigkeitskrieg von 1917 bis 1921, als die republikanische Armee die Okkupationstruppen verjagte, die geschickt worden war, um den irischen Widerstand zu brechen, führte zu einem Waffenstillstand. Zu dieser Zeit wurde die Politik der Teilung eingeführt, eine Politik des scheinbaren Rückzuges, während das Land geteilt und durch Lakaien weiterregiert wurde. Diese Politik haben die britischen Imperialisten auch in anderen Kolonien angewandt, aus denen sie vertrieben wurden (Palästina, Indien, Malaya).

Lloyd George brachte die irischen Delegierten durch Tricks und Zwang dazu, seine Vorschläge anzunehmen. Die irische Wirtschaft wurde mit der englischen verknüpft (irische Banknoten sind noch immer bei der Bank of England einlösbar) und ein Marionettenstaat in Ulster erreicht. Durch Wahlschiebungen und unlautere Mittel schufen die britischen Imperialisten in neun Grafschaften von Ulster einen Staat, in dem sie in sechs Grafschaften die Wahlmehrheiten kontrollierten, als 'Rechtfertigung' für die Anwesenheit der britischen Armee.

Einer der ersten Regierungsakte des Marionettenregimes war die Schaffung einer paramilitärischen Polizeimacht, die aus den fanatischen und sektiererischen Teilen

kannt, soll die reguläre bewaffnete Polizeitruppe unterstützen, die Royal Ulster Constabulary. Im März 1922 führte die Regierung das Special Power Act (Notstandsgesetze) ein, durch das ordentliche Gerichtsverfahren aufgehoben werden und Leute ohne Verhandlung und Urteil im Gefängnis gehalten werden können. Gerichtliche Untersuchungen wurden aufgehoben, so daß die, die im Gefängnis starben, beerdigt wurden, ohne daß die Verwandten informiert wurden, wie der Gefangene gepeitscht und gestorben war, Durchsuchungen ohne Vollmacht und Todesstrafe für Waffenbesitz wurden legalisiert. Dieses Gesetz existiert heute noch und wird angewandt.

Die Macht dieser Regierung ist vollkommen. Durch strenge Restriktionen beim Wahlrecht für lokale Wahlen wurde die Kontrolle über das Hinterland aufrechterhalten, Diejenigen, die keine Miete bezahlen, werden durch Besitzqualifikationen vom Wähler ausgeschlossen. In den meisten Fällen heißt das, Frauen und Jungwähler dürfen nicht wählen.

Aus diesem Grunde ist natürlich auch die Vergabe der jährlich 5000 neuen Wohnungen eine einzige Manipulation. Die Unionist Party nutzt das rücksichtslos aus. Unter anderem mit dieser Manipulation hat sie ihre Macht schon 46 Jahre, länger als Franco seinen Faschismus in Spanien, aufrechterhalten. Wohnungen werden grundsätzlich

der Imperialisten hält diese Teilung aufrecht. Und in beiden Ländern kann es auch nur eine Lösung geben: Sieg für das Volk im Volkskrieg und blutige Niederlage für den Imperialismus. Diesen Kampf führt heute das Volk mit seinen bewaffneten Kräften gegen den britischen Imperialismus mit seiner 14 000-Mann-Armee heldenhaft.

Kinder und Jugendliche gehen nicht zur Schule und werfen Steine auf die Unterstände der Soldaten. Diese schießen zurück. Hausfrauen und Arbeitslose Männer bauen tagsüber Barrikaden und heben Gräben aus, damit die schweren Armeefahrzeuge nicht in ihre Wohnviertel

Die Truppen feuern. 9. August: Der Republikanische Club organisiert eine weitere Protestveranstaltung; 300 kommen; auf der Straße nach Crossmaglen werden Barrikaden errichtet; die Kaserne wird mit Steinen und Nagelbomben beworfen. Die Truppen feuern Tränengas ab, wagen sich jedoch nicht aus der Kaserne heraus. 11. August: Die Kaserne wäre eingenommen worden, wenn nicht große Truppenverstärkungen angekommen wären. — Zu dieser Beschreibung muß hinzugefügt werden, daß sich jetzt, 3 Monate später, der Kampf gegen die Armee weiter verschärft hat.

Es ist auch bekannt, daß dort gefoltert wird. Man hat z.B. Menschen mit verbundenen Augen aus Hubschraubern geworfen und sagte ihnen dabei, man befände sich in großer Höhe, in Wirklichkeit waren es nur wenige Meter (eine Methode, die die Briten von den Amis aus Vietnam importiert haben).

Ein Internierter schreibt von dem Gefangenenschiff 'Maidstone' an eine Kampfgefährtin: 'Die Dinge waren eine Zeitlang sehr schlecht. Ich wurde um halb fünf morgens verhaftet. Zuerst dachte ich, Du wärest es, deshalb öffnete ich die Tür. Sie nahmen mich mit nach Ballinkinar, dort wurde ich 48 Stunden

der Protestanten rekrutiert wurde. Diese Truppe, als 'B-Specials' be-

nur an ihre treuen Gefolgsleute vergeben.

Aufschwung des Befreiungskampfes

Arbeitslosigkeit und die brutalste Unterdrückung der Volksmassen haben dann zum heutigen bewaffneten Kampf gegen die britischen Imperialisten geführt. Denn nur der Sturz des Marionettenregimes und die Vertreibung der britischen Imperialisten kann das Elend des irischen Volkes beenden.

So ist die Situation in Irland auch ähnlich der in Vietnam. Britische Truppen haben überhaupt kein Recht, im Norden Irlands zu sein. Genau wie die USA-Imperialisten zu Unrecht in Vietnam wüten. Sowohl in Vietnam als auch in Irland gibt es eine künstliche Grenze. Einzig und allein die Herrschaft

DIE BRITISCHEN EINDRINGLINGE GERATEN IN BEDRÄNGNIS.



eindringen können. So entstehen in den großen Städten Gebiete, in denen die Bevölkerung einigermaen sicher ist vor den Angriffen der Besatzer. Die aber jagen Gewehrsalven in die Fenster von Wohnungen. An vielen Häuserwänden Parolen geschrieben, wie 'Britische Soldaten raus aus Irland !' 'Befreit Derry !' 'Wir werden unsere Kameraden rächen !' Häufig hängen in allen Fenstern einer Straße Schilder, die zeigen, daß die Bewohner des Hauses so lange keine Miete an die lakaiische Stadtverwaltung zahlen, bis die mehr als 300 in diesem Sommer Internierten freigelassen sind. Die Soldaten der illegalen irischen republikanischen Armee (IRA) bewegen sich wie 'Fische im Wasser', keineswegs wie 'Außenseiter der Gemeinschaft'. So fand in Belfast am hellichten Tag eine Pressekonferenz statt, an der mehrere von den Briten langgesuchte IRA-Führer teilnahmen, ohne in Gefahr zu sein, weil sie von der Bevölkerung beim Anrücken der Armee rechtzeitig gewarnt worden wären. Das geschieht meist dadurch, daß Frauen mit Stöcken auf Mülltonnendeckeln herumtrommeln. Ein Mann, der nur seinen Müll fortbringen wollte, wurde von Soldaten wütend interniert, wohl weil die dachten, er gehöre zu den Trommlern. Neuerdings wird auf Trommler auch geschossen. Nachts hat die Armee aber noch weniger eine Chance, die IRA zu bekämpfen, weil sich praktisch hinter jedem Fenster ein Heckenschütze verbergen kann. Hilflos irren britische Soldaten durch die Straßen, stets können sie in einen Hinterhalt geraten, den die Bevölkerung durch Barrikadenbau tagsüber vorbereitet hat.

Man beachte nur die Chronik einiger Augusttage in einem Stadtteil von Belfast, um einen Eindruck von der großen Kampfbereitschaft der Bevölkerung zu bekommen:

5. August: Harry Thornton, Crossmaglen, in Belfast erschossen; der Republikanische Club organisiert eine Protestversammlung bei der Kaserne von Crossmaglen, ungefähr 500 Leute sind anwesend; das Auto vom RUC-Sergant wird in Brand gesteckt; der Bus entführt, die Kaserne mit Steinen beworfen.

So hilflos wie die Soldaten und die Lakaienregierung des Brian Faulkner diesem Aufstand gegenüberstehen, so grausam sind die Mittel, mit denen sie ihn unterdrücken wollen: Der nordirische Ministerpräsident Faulkner hat mittlerweile im Einverständnis mit Edward Heath den Special Powers Act von 1921 wieder in Kraft gesetzt. Diese Notstandsgesetze berechtigen Polizei und Armee, jederzeit verdächtige Personen ohne Gerichtsverhandlung ins Gefängnis zu werfen und dort unbegrenzt festzuhalten. Der ursprüngliche Zweck dieses Gesetzes, die Zerschlagung der IRA wurde verfehlt, denn sie ist aktiver denn je. Nur 30 IRA-Mitglieder wurden interniert, dazu über 300 Bürgerrechtler und politisch überhaupt nicht aktive Bürger. Zunächst dienten ein altes Schiff und das Belfaster Stadtgefängnis als Lager, inzwischen wurde ein regelrechtes KZ mit Stacheldrahtzäunen und Wachtürmen gebaut.

lang von der Polizei gefoltert. Es war einem nicht erlaubt, die Augen zu schließen. Jeden Trick, den die Amerikaner in Vietnam gebrauchen, verwenden sie jetzt gegen uns. Trotz alledem, nur ein Mann fiel um ! So kann man es als Sieg für uns bezeichnen. Diesen Morgen wurden wir aufs Schiff geschleppt. Paß auf, daß sie Dich nicht im Norden schnappen. Sie werden Dich in Spezialbehandlung nehmen, weil sie wissen wollen, was 'Deine Position ist. Sorge dafür, daß die die barbarischen Folterungen der britischen Militärpolizei überall bekannt werden !'

Der Widerstand der Bevölkerung gegen die Besatzer ist jedoch nicht gebrochen, im Gegenteil ! Jede neue Unterdrückungsmaßnahme der Armee und Regierung macht die Bevölkerung nur noch kampfentschlossener, und der Tag, an dem das Volk gemeinsam die Besatzermacht verjagt und die Volksmacht errichtet, rückt immer näher.

EIN FREIHEITSKÄMPFER DER IRA.

